Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Bezugspreis frei Haus durch die Austräger viertelj. M. 1,20, monatl. 40 Pf., durch die Post bezogen desgl. und 14 Pf. monatl. Bestellgeld; bei Abholung v. d. Exped. M. 1.— bezw. 35 Pf. Einzelnummer 15 Pf. — Erscheinen 6mal wöchentl. nachm. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr gegeben. — Erfüllungsort Merseburg. — Fernruf 100. Geschäftsstelle Hälterstr. 4.

Anzeigenpreis für die 5gespaltene Einheitszeile oder deren Raum 20 Pf., für kleine Anzeigen, Haushalt und Familie betr., 10 Pf. Die Quittung für die laufende Bezugszeit (Vierteljahr bezw. Monat) wird von Beziehern auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Schwieriger Satz wird angemessen höher berechnet. — Reklamezeile 40 Pf. — Ziffergebühr und Portoauslagen extra.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

mit „Illustriertem Sonntagsblatt"

Amtliches Anzeigeblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nachdruck amtlicher Bekanntmachungen ist nur nach Vereinbarung gestattet.

Nr. 23. | Freitag, den 28. Januar 1916. | 156. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen.

Seite 8 betr.:

1. Feuersozietätsbeträge für das 1. Halbjahr 1916.
2. Wahl des Gutsbesitzers Oswald Hofmann in Altranstedt zum Hilfsschöffen.
3. Gelblotterie zu Zwecken der deutschen Schutzgebiete.

Tageschronik.

Die Entente versucht einen starken Druck auf Nikita und Montenegro zur Verhinderung eines Friedensschlusses auszuüben.

Rußland will Nikita entthronen.

Gegen Venizelos ist Anklage erhoben worden.

Der deutsche Luftangriff auf Dover war von ungewöhnlichem Erfolg.

Bei Oslavija wurden 1200 Italiener gefangengenommen.

Die englische liberale Partei soll sich gespalten haben.

Die englische Arbeiterpartei hat sich mit großer Mehrheit für den Krieg erklärt.

In Aden sollen sich die Engländer nach schweren Verlusten in bedrängter Lage befinden.

Schweden vervollständigt seine Kriegsrüstung.

Die Geldflüssigkeit in Industrie und Landwirtschaft.

In Deutschlands Wirtschaftsbetrieben findet gegenwärtig eine teilweise Liquidation der Vorräte und Reserven zugunsten unserer Kriegführung, Ernährung und finanziellen Rüstung statt. Mit dieser Kriegswirtschaftsführung ist naturgemäß eine Geldflüssigkeit in Industrie und Landwirtschaft gegeben, durch deren Konzentration auf die finanziellen Bedürfnisse des Staates zu einem großen Teil der gewaltige Erfolg unserer Kriegsanleihen herbeigeführt wurde. Aber während man bei der für den Heeresbedarf arbeitenden Industrie die mit der Aufräumung der Warenvorräte zu guten Preisen verbundene starke Zunahme der flüssigen Gelder bei Banken und der Wertpapierbestände, ganz zu schweigen von der Schaffung „stiller" Kriegsreserven, als selbstverständlich hinnahm, sprach man vielfach mit großer Entrüstung von dem Anwachsen der Gelder bei ländlichen Spar- und Darlehnskassen, das auf den wucherischen Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse beruhen sollte.

Es ist aber sicher, daß die Geldflüssigkeit der Landwirtschaft in großem Umfange auf einer teilweisen Liquidation der Betriebe beruht. Denn gleich in den ersten Tagen der Mobilmachung mußten die landwirtschaftlichen Betriebe den besten Teil ihres Pferdebestandes hergeben, wodurch natürlich viele Hunderte von Millionen baren Geldes in die Hände der Landleute kam. Gleichzeitig wurde aber auch infolge der Einziehung der tüchtigsten Arbeitskräfte und der Maßnahmen der Regierung hinsichtlich der Futtermittel in vielen Betrieben eine Einschränkung der Viehhaltung vorgenommen, die naturgemäß die flüssigen Mittel weiter erhöhen mußten.

Es ist nun aber klar, daß durch diese Umstände ein Rückgang der Produktionskraft der Betriebe herbeigeführt wird. Denn die Betriebsführung durch die Frauen kann natürlich, zumal die tüchtigsten gelernten Arbeitskräfte zumeist eingezogen sind, nicht in gleichem Maße intensiv sein, wie in Friedenszeiten. Zudem wird durch die Einschränkung der Viehhaltung ein Mangel an Stalldünger herbeigeführt, der neben der Knappheit künstlicher Düngemittel naturgemäß auch zu einer Minderung der Produktion führen muß.

Diese mangelhafte Bewirtschaftung während des Krieges wird natürlich für die Zukunft nicht ohne Folgen sein. Denn während gegenwärtig noch auf Grund der angespanntesten und rationellen Wirtschaftsführung durch viele Jahrzehnte im Grund und Boden und in der Viehwirtschaft gewisse Reserven stecken, muß diese Art Raubbau, die jetzt betrieben wird, allmählich zu einem Nachlassen der Produktionskraft und einer Herabminderung der Rentabilität führen. Hierfür können die während des Krieges erzielten höheren Preise nur schwerlich einen Ausgleich bieten, zumal wenn man berücksichtigt, daß das allgemeine Preisniveau erheblich gestiegen ist, und jahrelange, angestrengteste Arbeit nach Kriegsende und die Investierung erheblicher Geldmittel nötig sein wird, um den alten Kulturzustand von Grund und Boden wiederherzustellen und die Viehbestände auf die alte Höhe zu bringen.

Diese Tatsachen sind sogar in einem Artikel der „Sozialistischen Monatshefte" von Dr. Arthur Schulz anerkannt worden, der u. a. ausführt: „Wer seine Wirtschaftsausgaben nach Möglichkeit verringert hat, beispielsweise auf den Ankauf von Arbeitspferden und von Kraftfuttermitteln verzichtet und die Verwendung künstlicher Düngemittel auf das notwendigste Maß eingeschränkt hat, konnte ja bei den hohen Preisen der meisten Agrarprodukte ganz hübsche Summen als Einnahmen buchen und in Kriegsanleihe oder bei den Sparkassen und Kreditgenossenschaften zinstragend anlegen. Aber diese vermeintlichen Ersparnisse solcher Landwirte entstammen doch nur einem allmählichen Ausverkauf der Produktivkräfte ihres Bodens und ihres lebenden Inventars, der Verringerung oder der übermäßigen ersatzlosen Ausnützung ihres Viehbestandes. Sie gleichen objektiv (wenn auch nicht der Absicht nach) den Einnahmen eines betrügerischen Pächters, der gegen Ende der Pachtperiode sein Pachtgut ausraubt. Soll bei solchem Verfahren die landwirtschaftliche Produktion nicht auf die Dauer zurückgehen, so muß für die im Boden und im Viehstand aufgespeicherte produktive Kraft, die jetzt von solchen Landwirten ersatzlos in Waren umgewandelt und zu Geld gemacht wird, bald nach dem Krieg (bei dessen längerer Dauer noch während des Krieges) durch erhebliche Neuaufwendungen Ersatz geleistet werden. Hierfür schon jetzt ein Kapital anzusammeln, kann solchen Landwirten nicht verwehrt werden."

Jedenfalls ist die Industrie bei ihrer Umstellung auf den Kriegsbedarf und der Rückkehr zur Friedenswirtschaft insofern in günstigerer Lage, als sie nach Räumung ihrer alten Vorräte zu guten Preisen neue Warenbestände hereinnehmen kann, ohne die Produktivkraft des Einzelunternehmens geschädigt zu haben.

Vom Kriege.

Die Lage auf dem Balkan.

Die Waffenstreckung Montenegros unterzeichnet.

Der österreichische Generalstab berichtet:

Wien, 26. Januar. Die Vereinbarungen über die Waffenstreckung des montenegrinischen Heeres wurden gestern um 6 Uhr abends von den Bevollmächtigten der montenegrinischen Regierung unterzeichnet. Die Entwaffnung geht ohne Schwierigkeiten vor sich und wurde auch auf die Bezirke von Kolasin und Andrijevica ausgedehnt.

Nikita in Lyon.

Bei seiner Ankunft in Lyon, die in Begleitung der Prinzen Danilo und Peter sowie der Gemahlin des ersteren am Montag nachmittag erfolgte, wurde Nikita vom Präfekten, General d'Amade und den sonstigen Behörden im Namen des Präsidenten begrüßt. Die Menge jubelte ihm zu.

Um 7 Uhr abends traf Denys Cochin zu seiner Begrüßung ein und hatte eine Audienz von 20 Minuten beim König.

Die Wut der Entente.

Budapest, 26. Januar. Die vorliegenden Balkanblätter melden aus Bukarest: Die Ententevertreter verhandeln in Rom wegen der neugeschaffenen Situation. Sie haben die Absicht, den König Nikita abzusägen und die Thronfolge-Ordnung abzuändern. Sie wollen statt des Prinzen Danilo den russenfreundlich gesinnten Prinzen Mirko zum Königerwählen lassen. Prinz Danilo protestierte gegen die Pläne, die den abzuschließenden Sonderfrieden mit den Zentralmächten stören könnten. Die eifrigste Förderin des Planes der Entthronung Nikitas und der Krönung des Prinzen Mirko ist die italienische Königin Helena.

Eine Bestätigung dieser nicht durchweg wahrscheinlich klingenden Angaben bleibt abzuwarten. Daß von Rußland besonders scharf gegen Nikita gewühlt wird, beweist nachstehende Depesche der „Wiener Allg. Ztg.":

Stockholm, 26. Januar. Der russischerseits auf König Nikita ausgeübte Druck steigert sich. Die russische Regierung hat mit der Internierung sämtlicher in Rußland lebender Montenegriner sowie mit der sofortigen Auflösung des russisch-montenegrinischen Hilfsvereins gedroht.

Nikita krank geärgert.

Lyon, 26. Januar. („Ag. Havas".) Der König von Montenegro empfing französische und ausländische Journalisten und drückte ihnen sein Bedauern aus, sich aus Gesundheitsgründen nicht lange mit ihnen unterhalten zu können. Der Minister des Äußern werde ihnen Angaben über die letzten Ereignisse machen. Muschkowitsch gab darauf eine vollständige Darstellung von diesen Ereignissen. Er erklärte, die montenegrinische Armee habe mehr als ihre Pflicht getan und habe nur der Überzahl und aus Mangel an Lebensmitteln und Munition nachgegeben. Der Minister erhob energisch Einspruch gegen die Anklage der Presse wegen Verhandlungen zwischen Österreich und Montenegro und schloß: Wir haben alles geopfert, um die Verpflichtungen gegen die Alliierten zu halten, das Leben unserer Soldaten, sogar unser Land. Man suche wenigstens nicht unsere Ehre anzutasten.

Die montenegrinische Regierung im Umherziehen.

Genf, 26. Januar. Nach Pariser Berichten wird die montenegrinische Regierung in Lyon nur vorübergehend Aufenthalt nehmen. Die montenegrinische Regierung habe sich vom Vierverband ihre vollständige Handlungsfreiheit vorbehalten.

Der montenegrinische Rückzug auf Durazzo.

Aus Mailand meldet die „Frkf. Ztg.": Die Montenegriner räumen vor den anrückenden Österreichern den albanischen Küstenplatz San Giovanni di Medua und ziehen sich überstürzt gegen Durazzo zurück.

Aus Paris wird dem „B. T." gemeldet: Nach hierher gelangten zuverlässigen Nachrichten hält man Durazzo und San Giovanni di Medua für schwer bedroht. Essad Pascha und seine Truppen seien in verzweifelter Lage. Hilfe könne nur von Italien kommen.

Ein Viertel von Albanien erobert.

Berlin, 26. Januar. Wie gemeldet wird, ist jetzt ein Viertel des albanischen Bodens in den Händen der Bulgaren und Österreich-Ungarns.

Auch Valona aufgegeben?

Aus Lugano wird depeschiert, daß in Bari Dampfer mit Angehörigen der italienischen Kolonie aus Valona angelangt seien. Vom Abtransport italienischer Truppen wird noch nichts berichtet.

Neue Besetzungen der Entente.

Lugano, 26. Januar. Aus Mailand wird gemeldet: Bei Kanea auf Kreta ist ein Detachement englisch-französischer Truppen ausgeschifft worden. Auch auf der Insel Kephalonia sind kleine Abteilungen der Ententetruppen gelandet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919160128-12/fragment/page=0001

(Kephalonia ist die größte der Jonischen Inseln und sperrt den westlichen Zugang nach Patras und dem Kanal von Korinth.)

Eine Exchange-Drahtung meldet aus Rom: Die Ententemächte teilten der griechischen Regierung mit, daß sie beabsichtigen, auf Inseln des Ägäischen Meeres und des Mittelmeeres zehn Flottenstützpunkte für Torpedoboote zu errichten. Diese sind dazu bestimmt, die Unterseeboote der Feinde aufzuspüren.

Diese Fortsetzung der Kränkungen gegen Griechenland versuchen die Ententemächte durch allerhand Versprechungen in ihrer Wirkung abzuschwächen. Wie das Neue Wiener Journal aus Athen meldet, haben die Gesandten der Entente im Auftrage ihrer Regierungen wegen der Korfu-Frage dem griechischen Kabinette beruhigende Zusicherungen gegeben und außerdem eine Anleihe zu niedrigem Zinsfuße angeboten.

Venizelos unter Anklage.

Sofia, 26. Januar. Aus Athen wird dem Blatte „Utro" noch gemeldet: Die Staatsanwaltschaft erhob auf Anordnung der Regierung Anklage gegen Venizelos. Wenn Venizelos der Vorladung nicht folgt, wird seine Verhaftung angeordnet werden.

Putnik lebt?

Die serbische Gesandtschaft in Bukarest dementiert die Nachricht vom Tode Putniks. Er habe wieder den Befehl über die Armee und leitet die Reorganisation der serbischen Truppen, die sich auf Korfu befinden.

General Dschekow über den Krieg.

Sofia, 26. Januar. „Utro" veröffentlicht eine Unterredung mit dem bulgarischen Generalissimus Dschekow, in der aktuelle Fragen interessant beleuchtet werden. Dschekow sagte: Mit der Kapitulation Montenegros bekannte Nikita als erster den Mangel an Vertrauen zur Kriegführung des Vierverbandes. Sollte sich der Vierverband nun zur Aufgabe Salonikis entschließen, so würde das in Frankreich zum Sturze der Regierung führen. Der Vierverband schädigte sich selbst, als er die Rechte der kleinen Balkanstaaten mit Füßen trat, denn Griechenland wie auch Rumänien müssen nun erkennen, daß die Mittelmächte und ihre Verbündeten allein diese Rechte achten. So wird eine dauernde Freundschaft auch mit diesen Ländern angebahnt werden. Soviel ist schon sicher, daß der Friede von Deutschland und seinen Verbündeten den Feinden aufgezwungen wird. In wenigen Monaten werden die Völker des Vierverbandes sich nicht mehr für die Fortsetzung des Krieges begeistern können. Als nächster der Ententestaaten wird ohne Zweifel Italien für den Frieden reif werden, weil sich dort die Überzeugung durchringt, daß der Vierverband keine Bürgschaften mehr für den Endsieg bieten kann, sodann, weil sich in Italien eine schwere innere Krise vorbereitet, die um so sicherer ausbrechen wird, weil der Krieg dort unpopulär und außerdem aussichtslos geworden ist. Von Italien aus werden die Grundfesten des Vierverbandes erschüttert werden.

Der Krieg gegen Italien.

1200 Italiener gefangen.

Der österreichische Generalstab berichtet:

Wien, 26. Januar. Am Görzer Brückenkopf nahmen unsere Truppen in den Kämpfen bei Oslavica einen Teil der dortigen feindlichen Stellungen in Besitz; hierbei fielen 1197 Gefangene, darunter 45 Offiziere und zwei Maschinengewehre in unsere Hände. Auch an mehreren anderen Stellen der Isonzofront nahm die Gefechtstätigkeit zu. Angriffe und Annäherungsversuche der Italiener gegen die Podgora, den Monte San Michele und unsere Stellungen östlich von Monfalcone wurden abgewiesen. Unsere Flieger belegten Unterkünfte und Magazine des Feindes in Borgo und Ala mit Bomben.

Aus dem Westen.

Schwere Beschießung von Nancy.

Genf, 26. Januar. Während der letzten Beschießung von Nancy wurden zehn Geschosse von 700 bis 800 Kilo in die Stadt geschleudert. Die Gewalt der Explosionen war fürchterlich. Mehrere Häuser wurden zerstört. Gegen 12 Uhr erschienen drei deutsche Flugzeuge und warfen Bomben und Fliegerpfeile ab, wodurch mehrere Personen verletzt wurden.

Der erfolgreiche Luftangriff auf Dover.

Haag, 26. Januar. Bei dem Fliegerangriff auf Dover fiel eine Bombe in einen Schuppen, in dem Minen aufbewahrt wurden. Diese Minen explodierten und richteten eine ungeheure Verwüstung im ganzen Umkreise an. Die Explosion erfolgte erst 15 Minuten nach dem Fall der Bombe, sodaß in der Nähe befindliche Soldaten und Arbeiter die Bombe für einen Versager hielten. 39 Personen, darunter 1 Offizier und 24 Soldaten, wurden getötet; fünf mit Proviant gefüllte Güterwagen wurden zerstört. Die Eisenbahngleise wurden aufgerissen, und eine Anzahl Wohnhäuser stürzte ein, wobei mehrere Frauen und Kinder getötet wurden. Ein im Hafen liegendes kleines Transportschiff wurde gleichfalls von einer Bombe getroffen. Das Schiff sank unmittelbar nach der Explosion. In einem Londoner Hospital wurden 20 Schwerverletzte aufgenommen. Die englischen Abwehrflugzeuge waren nicht rechtzeitig zum Aufstieg bereit.

Geheime Waffenvorräte in Dublin beschlagnahmt.

London, 25. Januar. „Central News" melden aus Dublin: Die Polizei drang in verschiedene Häuser und beschlagnahmte eine Druckerei und Waffenvorräte.

Spaltung unter den englischen Liberalen?

Rotterdam, 27. Januar. Aus London wird gemeldet: Die liberale Zeitschrift „Nation" berichtet, daß in der Frage der Wehrpflichtvorlage der Bruch der liberalen Partei vollzogen sei. Über 100 Mitglieder der liberalen Partei erklärten sich in einer Denkschrift an den Parteivorstand gegen den Fortbestand des liberal-unionistischen Kompromisses im Kabinett Asquith und gegen die allgemeine Wehrpflicht in jeder Form.

Die Einstellung weiblicher Arbeiter stößt auf Widerstand.

Manchester, 26. Januar. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian" schreibt: Wenn die Regierung die Einstellung weiblicher Arbeiter fortführt, werden vermutlich nicht nur einige wenige Extreme Opposition machen. Man ist besorgt, daß im Clyde-Bezirk ernstliche Schwierigkeiten entstehen werden, wenn man nicht die lokalen Arbeitervertreter über die schwebenden Bedingungen mitreden läßt. Der Korrespondent erfährt, daß die gelernten Arbeiter gegen jeden Plan, der ihnen von oben aufgezwungen wird, Widerstand leisten würden, ohne deshalb von einem Streik Gebrauch zu machen. Derselbe Korrespondent teilt mit, daß an Stelle des unterdrückten „Forward" ein neues Organ, „The Worker", entstanden ist. Sein Erscheinen sei ein beunruhigendes Symptom. Das Komitee, das es herausgibt, ist eine starke Organisation, die unabhängig von den Gewerkschaften besteht, aber in Verbindung mit ihnen arbeitet. Dieses Blatt fordert über die Einstellung von weiblichen Arbeitern, daß der Kapitalgewinn nicht einer Klasse allein zugute komme, daß sie die übrigen Arbeiter in keiner Weise schädige und daß die organisierten Arbeiter an ihrer Kontrolle Anteil haben sollten.

Die englische Arbeiterpartei für den Krieg.

London, 26. Januar. (Reuter.) Die Jahreskonferenz der Arbeiterpartei nahm mit 1 502 000 gegen 602 000 Stimmen die von der Gewerkschaft der Dockarbeiter vorgeschlagene Resolution an, durch welche die Konferenz sich verpflichtet, die Regierung soviel als möglich bei der Fortsetzung des Krieges zu unterstützen.

Regelmäßige Munitionstransporte nach England.

Amsterdam, 26. Januar. Wie ein hiesiges Blatt meldet, erklärte der kanadische Marineminister, daß vierzig Schiffe regelmäßig Munition von Kanada nach England bringen. Es werden Maßregeln getroffen, um im Laufe dieses Jahres die Ausfuhr auf 1½ Millionen Tonnen zu erhöhen. Unlängst wurden drei deutsche Prisenschiffe und 23 Schiffe, die beschlagnahmt worden waren, in den atlantischen Dienst eingestellt.

Englische Richtigstellung über den deutschen Handel der Neutralen.

London, 26. Januar. Reuter meldet: Das Pressebüro veröffentlicht eine ausführliche Erklärung, worin die Behauptungen, daß die Wirksamkeit der britischen Blockade ungenügend sei, und daß noch große Mengen von Waren durch die neutralen Länder Deutschland erreichten, widerlegt werden. Die Erklärung gibt Ziffern und statistisches Material, aus dem hervorgeht, daß die Berichte über die „Lücken" gewaltig übertrieben sind und daß die Vermehrung der Einfuhr durch die Neutralen nur eine Folge des Umstandes sei, daß sie ihre Güter früher in Deutschland bezogen.

Der türkische Feldzug.

Die Russen vor Erzerum?

Nach englischen Meldungen sollen sich die Russen nach einem bedeutenden Siege über die türkischen Truppen vor den Forts von Erzerum befinden. Hassan Kaleh, 20 Kilometer vor Erzerum, sei von den Russen besetzt.

Nähere Angaben von türkischer Seite bleiben abzuwarten.

Die Russen in Persien.

Rotterdam, 26. Januar. Die „Times" melden, daß die russische Position in Hamadan, nachdem die Türken Asabadad genommen haben, sehr gefährlich sei.

London, 26. Januar. Der Petersburger Berichterstatter des „Daily Chronicle" meldet: Die russischen Truppen westlich von Hamadan sind jetzt nur noch 10 Tagemärsche vom englischen Heere bei Kutel Amara entfernt. Es wird aber nicht so schnell zu einer Vereinigung kommen, da die Deutschen (?) und Türken mit ihren persischen Hilfstruppen die Verbindung aufzuhalten trachten werden. Jetzt haben sie außer den Banden, die westlich von Hamadan vertrieben wurden, sich der Stämme von Luristan versichert. Der Gouverneur der Provinz hat im Auftrage der persischen Regierung eine bewaffnete Macht auf die Beine gebracht, um den Räubereien Einhalt zu tun, und ist damit zum Feinde übergegangen. Außerdem wird die Campagne in Mesopotamien durch die Ereignisse bei Erzerum sehr beeinflußt. Wenn das Glück den Russen hold bleibt (!), werden die Türken genötigt sein, ihre Truppen aus Mesopotamien zurückzuziehen, um nicht abgeschnitten zu werden.

Die türkische Lesart lautet bekanntlich wesentlich anders.

Die Verteidigung des Suezkanals.

Lugano, 26. Januar. Die Passagiere des in Neapel aus Bombay eingetroffenen Dampfers „Montebello" berichteten nach dem „Secolo" wunderbare Einzelheiten über die von den Engländern am Suezkanal getroffenen Verteidigungsvorkehrungen. Neue Forts wurden gebaut und mit vielen Tausenden von indischen und kanadischen Soldaten besetzt. An verschiedenen Stellen ist der Kanal mit Drehbrücken versehen, welche es den englischen Truppen ermöglichen, mit Leichtigkeit die Verteidigung von einem auf das andere Ufer zu tragen. Von Suez nach Ismailia wurde eine strategisch und militärisch wichtige Eisenbahn gebaut, und auf dem Roten Meere streifen unausgesetzt Geschwader von schnellfahrenden englischen und französischen, mit Schnellfeuergeschützen versehenen Kreuzern. Nach allen diesen Vorbereitungen sei England durchaus sicher, den Feind, falls er es wagen sollte, den Kanal anzugreifen, zu zerschmettern.

Vorher ist England bekanntlich stets des Sieges unbedingt gewiß!

Die Engländer in Aden bedroht?

Nach Berichten der Köln. Volksztg. haben sich die vor England bewaffneten Araberstämme im Yemen sämtlich gegen England erhoben und bedrohen Adem hartnäckig. Die 20 000 Mann starke englische Besatzung wehre sich verzweifelt und könne sich nur durch die Unterstützung der Kriegsschiffe behaupten. Die ganze südarabische und Yemenküste sei von den Engländern gesäubert. 15 000 Engländer und Inder seien gefallen, 20 000 verwundet worden.

Nähere Nachrichten bleiben abzuwarten.

Aus dem Osten.

Die Duma

hätte gesetzmäßig und nach besonderer Zusage des Zaren vom September v. J. am 1. Dezember zusammentreten müssen. Unter nichtigem Vorwand wurde ihr Zusammentritt erst auf den Januar, dann auf den Februar verschoben, und jetzt kündigt der Rjetsch seine abermalige Verschiebung auf den März an.

Allslavische Klage.

Lugano, 25. Januar. Nach Mitteilung des Sonderberichterstatters des „Corr. d. Sera" in Petersburg hebt die „Nowoje Wremja" in ihrer Betrachtung zum orthodoxen Neujahrstag hervor, daß die slavische Welt nie eine solche Krise erlebt hat, wie im verflossenen Jahr; die Gebietsverluste der slavischen Rasse erreichten einen beispiellosen Umfang, nämlich 300 000 Quadratkilometer im Norden und 80 000 im Süden.

Der Seekrieg.

Ein überfälliger englischer 8000 Tonnen-Dampfer.

Haag, 26. Januar. Die „Central News" melden aus London: Auch bis heute vormittag waren noch keine Nachrichten von dem bereits fünf Tage überfälligen englischen, 8000 Tonnen großen Dampfer „Appam" eingetroffen. Der Dampfer hat etwa 200 Fahrgäste und außerdem eine Ladung Kolonialwaren im Werte von 6 Millionen Mark an Bord.

Erneute rege Tätigkeit unserer U-Boote.

Kristiania, 25. Januar. Die deutschen Unterseeboote beginnen wieder ihre Arbeit, um die englische Grubenholzzufuhr zu stören. Der englische Dampfer „Wangora", der am Mittwoch in Begleitung des mit Grubenholz beladenen Leichters „Florida" im Schlepptau nach Hull abging, wurde in der Nacht zum Freitag von einem deutschen Unterseeboot angehalten. Nachdem die Nationalität der Ladung und das Reiseziel festgestellt waren, wurde Befehl gegeben, die „Florida" innerhalb einer halben Stunde zu verlassen, da das Schiff in Brand gesteckt werden solle. Der Schlepper „Wangora" nahm die Besatzung der „Florida" an Bord und erhielt die Erlaubnis, nach Kristianland zurückzufahren. Die „Florida" ging sofort unter, nachdem zwei Schuß gegen sie abgegeben worden waren. Der Kapitän des Schleppers erzählt, er habe zwei andere brennende Dampfer gesichtet, die wahrscheinlich wegen Bannwarenladung von dem gleichen Unterseeboot versenkt worden seien.

Von den Kolonien und Übersee.

Versuch von Chinas Umgarnung.

Die „Frkf. Ztg." berichtet von Versuchen des Vierverbandes, die wohl schon längere Zeit zurückliegen und darauf abgezielt hätten, auch China zum Eintritt in das Bündnis gegen uns zu verlocken. Alle möglichen Vorteile seien China versprochen worden, lediglich habe Japan, als es von den Verhandlungen Kenntnis erhielt, energischen Einspruch erhoben und England zum bedingungslosen Rückzug gezwungen. Das Datum der bezüglichen englischen Erklärung wird mit dem 30. November angegeben.

Man wird sich erinnern, daß um dieselbe Zeit aus der japanischen Presse, die von ihrer Regierung äußerst geschickt benutzt wird, für Deutschland sehr schmeichelhafte und lockende Töne erklangen. Dies ist neuerdings wieder der Fall. Immer wenn Japan von England Vorteile gegenüber China erpressen will, droht es mit einer Abschwenkung zu uns, woraufhin England stets prompt nachzugeben pflegt. Wir werden uns gewöhnen müssen, derartige japanische Kundgebungen gebührend einzuschätzen und uns vor Illusionen zu hüten. Vorläufig haben wir Japan kaum Verlockendes zu bieten.

Die Neutralen.

Die englischen Blockade-Absichten und Wilson.

London, 26. Januar. Die „Times" berichten aus Washington: Die „Newyork Tribune" gibt folgende Darstellung der offiziellen Haltung der amerikanischen Regierung zur Blockadefrage: Die Politik des Präsidenten Wilson gegen Großbritannien sei, wie aus Mitteilungen eines Regierungsbeamten hervorgeht, der das Vertrauen des Präsidenten besitzt, die des Hinausziehens. Der Präsident werde auch ferner scharfe Proteste gegen die britische Blockade erlassen und von der britischen Regierung fordern, daß sie die Rechte des amerikanischen Handels zur See respektiere, aber er werde dies nicht in der Erwartung tun, daß England diesen Forderungen nachgebe. Der Präsident sei überzeugt, daß nicht nur der Vierverband allein sein Streben, den Handel Deutschlands mit dem Auslande zu unterbinden, fortsetzen, sondern daß auch ein Nachlassen in diesen Bestrebungen nachteilig für die amerikanischen Interessen sein werde. Die Gründe, die Deutschland gehabt hat, um Konzessionen auf dem Gebiet des Unterseebootkrieges zu machen, seien, daß es gehofft habe, die Vereinigten Staaten mit England in Differenzen zu verwickeln. Wilsons Streben sei es nun, dies zu vereiteln. Die mit England entstehenden Meinungsverschiedenheiten sollen durch die Vereinigten Staaten nach dem Kriege geregelt werden. Die Note, mit deren Aufstellung Wilson gegenwärtig beschäftigt sei, soll einen rein technischen Charakter tragen. Die Diskussion über die Rechtsfrage werde mit der Zeit stets komplizierter. Die Beamten jedoch sollten möglichst viele Unterredungen mit den Preßvertretern bewilligen, um auf diese Weise die Meinung zu verbreiten, daß Wilson in Wirklichkeit auf seine englischen Vettern erbost sei. Unter diesem ganzen Gebahren jedoch werde sich die Hoffnung verbergen, daß England einsehe, wie Wilson in Wirklichkeit Komödie spielt.

Es fragt sich nur, ob und wie leicht sich die öffentliche Meinung in Nordamerika nasführen läßt.

Schwedische Stimmung.

In einem bemerkenswerten Leitartikel des Stockholmer „Aftonblads" wird festgestellt, daß die von England geplante erweiterte allgemeine Blockade gegen Deutschland im grellsten Widerspruch zu den völkerrechtlichen Grundsätzen stehe. Die Londoner Deklaration,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919160128-12/fragment/page=0002

die eine Frucht der auf englische Initiative hin berufenen Konferenz sei, beschränke die völkerrechtlich zulässige Blokkade ausdrücklich auf feindliche oder vom Feinde besetzte Häfen und Küsten. Eine Blockade dürfe sich mithin nicht gegen neutrale Gebiete richten, und eine Blockade offener Meere oder von Verbindungsstraßen zwischen solchen, wie des Oresunds und der dänischen Belte, dürfe nicht vorkommen. Außerdem müsse nach der Londoner Deklaration eine Blockade, um zulässig zu sein, „effektiv" sein, d. h., sie müsse durch eine Flottenstärke aufrechterhalten werden, die ausreichend sei, um die Verbindung mit den Küsten und Häfen des Feindes wirklich zu verhindern. Der Artikel hebt auf Grund dieser Bestimmungen hervor, daß damit jede „Papier-" oder „Scheinblockade", als mit den Rechten der Neutralen absolut unvereinbar, ausgeschlossen sei. Gleichwohl suche aber England jetzt, weil es eine in völkerrechtlichem Sinne „effektive" Blockade nicht zu verhängen und aufrechtzuerhalten imstande sei, eine völkerrechtlich unzulässige „Papier-Blockade" in die Wege zu leiten. Diese Absicht Englands dürfe nicht verwirklicht werden; dafür müßten die neutralen Staaten sorgen. Die Neutralen dürften sich unter keinen Umständen dem unerhörten Verlangen der Briten unterwerfen, wonach die ganze übrige Welt diejenigen Küsten und Häfen ohne weiteres als blockiert „ansehen" sollen, die die englische Regierung durch einen Federzug als blockiert erklärt habe!

Schwedische Rüstungen.

Stockholm, 25. Januar. Beide Kammern des schwedischen Reichstags nahmen einen Antrag an auf Auswerfung von 8 231 000 Kronen zur Anschaffung schwerer Artillerie, Maschinengewehren und anderen Erfordernissen der modernen Kriegsführung.

Aus Stadt und Umgebung

Kaisers-Geburtstagsfeiern.

Ein rechtes Kaiserwetter lag heute morgen über der Stadt, als man sich rüstete, die vaterländische Feier zu begehen. Würdig und schlicht zu begehen, wie es sich unter'm Ernst des Krieges schickt.

Gegen 9 Uhr sammelten sich die Kompagnien des Bataillons und die Kriegervereine auf dem Nulandsplatz zum gemeinsamen Marsche nach dem Dom. Diese füllte sich von Militär und Zivil bis auf das letzte Eckchen. Die

Festrede im Dom

hielt Superintendent Prof. Bithorn über das Wort: „Der Herr ist mein Trotz". Unser Kaiser habe sich vor einem Jahre zu dem Grundsatz bekannt: „ein Mann mit Gott ist immer in der Mehrheit". Danach habe er sein ganzes Leben gehandelt. Der tägliche Ausblick zu Gott sei ihm notwendig, wie das tägliche Brot, und aus diesem Umgang mit dem Weltenlenker schöpfe er den Trotz, der ihn seine Pläne gegen mancherlei Widerstand zum guten Ende habe führen lassen. Wie sehr seien seine Absichten zumeist verkannt und gehemmt worden, man denke nur an den Ausbau der Flotte! Auch als Friedenskaiser sei Wilhelm II. viel verspottet worden. Er habe sich nicht beirren lassen, habe den Frieden gewahrt, solange es möglich war, und entschlossen das Schwert gezogen, als es kein anderes Mittel gab, Deutschland vor der Erniedrigung zu bewahren. Die Treulosigkeit der neun feindlichen Fürsten namentlich hat ihn tief geschmerzt, doch hat er sich nicht verbittern lassen, sondern geht aufrecht und zuversichtlich seinen Weg. Diesen Trotz aus dem Vertrauen zu Gott müssen wir uns alle zu eigen machen. Das deutsche Volk war vor dem Kriege vom guten deutschen Wesen abgewichen. Oberflächlichkeit, Fremdtümelei, amerikanischer Geschäftsgeist hatten sich breitgemacht, und diese Häßlichkeiten sind auch heute noch nicht überwunden. Daran mitzuarbeiten, daß sie es werden, ist jeden Einzelnen Pflicht.

Nach dem Gottesdienst sammelten sich Landstürmer, Kriegervereine und Jugendwehr, selbstverständlich gefolgt von einer schaufreudigen Menge von Großen und Kleinen, an dem Kaiser-Friedrich-Denkmal. Dort hielt Stadtverordneter Erchardt, Vorsitzender des Artillerie-Vereins, eine Ansprache. Der im Vorjahre an der gleichen Stelle bei gleichem festlichen Anlaß geäußerte Wunsch, daß der heutige Geburtstag unseres Kaisers im Frieden begangen werden möge, habe sich leider nicht erfüllt. Jedes sei der Feind doch überall geschlagen, von Hamburg bis Konstantinopel sei eine große Front geschaffen. Dafür sei unseren tapferen Truppen unter der Führung unseres Kaisers nicht genug zu danken. Nach allem militärischen Mißerfolg bleibe den Feinden keine andere Hoffnung, als uns wirtschaftlich niederzukämpfen. Keine schönere Geburtstagsgabe könne dem Kaiser gebracht werden, als der Wunsch, daß die umsichtigen Maßnahmen seiner Regierung ein siegreiches Ende auch des Wirtschaftskrieges herbeiführen. Um den Sieg zu sichern, muß freilich das ganze deutsche Volk von Kampfesfreudigkeit durchdrungen sein. Der Redner forderte zum Gelöbnis der Treue gegen Vaterland und Kaiser auf, und schloß mit dem Kaiserhoch.

11 Uhr fand das Platzkonzert auf dem Markte statt, wo sich natürlich die Einwohnerschaft in dichten Scharen gesammelt hatte. ½1 Uhr zogen die Garnisonswachen auf dem Nulandsplatze auf.

Seit gestern schon trugen die Straßen Merseburgs ein festliches Gepräge, Fahnen grüßten von den meisten Häusern und hier und da — erwähnt seien die Geschäftshäuser Doblowitz und Nulffes — waren vielbewunderte Ausschmückungen vorgenommen.

Im Domgymnasium fand am gestrigen Mittwoch die Kaisergeburtstagsfeier statt. Der Gesang des Liedes „Vater, krone du mit Segen" eröffnete 5½ Uhr die sehr stark besuchte Veranstaltung. Nach Vortrag des Kaiserhymnus von Rudnick durch den Chor und dreier Gedichte durch Schüler begrüßte Professor Werneke die Erschienenen, insbesondere den aus dem Felde zu flüchtigem Besuch heimgekehrten Direktor Hauptmann Ziehen, der er bat, eine Kaiserprämie dem Schüler der Obertertia Meye, Sohn des Inhabers der „Goldenen Kugel", zu übergeben. Professor Ziehen verband die Ueberreichung mit einigen an die Gesamtheit der Schüler gerichteten, zu Herzen gehenden Worten der Ermahnung zu treuer Pflichterfüllung. Nach weiteren Chorgesängen und Gedichtvorträgen hielt Professor Seele seine Festrede über den Krieg als aufbauende und Werte schaffende Kraft, in der er die Hörer über das Schlagwort vom „entsetzlichen Kriege" zu einer tieferen und sittlicheren Wertung auch des scheinbar unsinnigen Geschehens führte. Allgemeiner Gesang schloß die würdige Feier, die den Schülern lange in der Erinnerung bleiben wird.

* * *

* **Beförderung.** Vizefeldwebel Beyer in der 5. Kompagnie unseres Landsturmbataillons, Beamter der Generalkommissionskanzlei, wurde zum Feldwebel befördert.

* **Das Eiserne Kreuz 2. Klasse** erhielt in Rußland der Vizefeldwebel Paul Ronniger von hier.

* **Sammlungsertrag.** Die am 8. d. M. erfolgte Leerung der Roten Kreuz-Büchsen in der Königlichen Kreiskasse hat den schönen Ertrag von 101,30 M gebracht.

* **Der Evangelische Arbeiterverein** hielt gestern Mittwoch abend in der „Guten Quelle" seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Bock, teilte mit, daß seit Beginn des Jahres zwei Neuaufnahmen erfolgt seien, ferner die Auszeichnung zweier Mitglieder durch das Eiserne Kreuz. Die am letzten Vortragsabend zum Besten der Konfirmanden abgehaltene Sammlung hat 13 Mark ergeben. — Es erfolgte die Rechnungslegung über die Krankenunterstützungskasse, die 798.11 Mark Einnahme, 625 Mark Ausgabe, 173.93 Mark Bestand aufweist. Die Mitgliederzahl ist unter dem Einfluß des Krieges um 22 zurückgegangen. Unterstützungen wurden gezahlt 573.50 Mark. Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt von jetzt ab bei Herrn Krause, Neumarkt 12, Sonntags 11½ bis 1, Donnerstags 6½ bis 8 Uhr. — Der Rechnungsbericht über die Vereinskasse ergibt 1266.82 Mark Einnahmen, 1113.51 Mark Ausgaben, 758.75 Mark Bestand. Dazu treten noch einige Nebenkassen, Vergnügungskasse u. dergl. Die Unterstützungskasse hat 457.59 Mark Einnahmen, 402 Mark Ausgaben, 423 Mark Bestand. Der Mitgliederbestand betrug Anfang des Jahres 210. Für Liebesgaben an im Felde stehende Mitglieder wurden 110 Mark ausgegeben, an Unterstützungen für die Angehörigen derselben wurden 606 Mark ausgegeben. Diese Leistungen des Vereins sind umso höher zu bewerten, als außer den Mitgliedsbeiträgen keinerlei Mittel zur Verfügung stehen. — Die Vorstandswahl soll mit Rücksicht auf den Krieg dies Jahr unterbleiben. Aus Zweckmäßigkeitsgründen wird beschlossen, die Generalversammlung in Zukunft immer im Januar abzuhalten. — Der Vorsitzende teilt mit, daß 72 Mitglieder im Felde stehen, drei sind gefallen, fünf tragen das Eiserne Kreuz. Schließlich wurde eine Spende für die bedürftigen Deutschen Österreichs bewilligt.

* **Liebesgaben oder Schmuggel?** Ueber das „Verhalten der Reisenden während der Fahrt" heißt es in einer Verfügung an die Stationen sowie an das Zugbegleit- und Bahnbewachungspersonal: „Seit einiger Zeit wird beobachtet, daß auf den Hauptstrecken aus den Zügen, insbesondere D-Zügen, auf freier Strecke Zeitungen, kleine Pakete, Küchenabfälle und sonstige Gegenstände dort hinausgeworfen werden, wo Kriegsgefangene in der Nähe beschäftigt sind. Sie scheinen für die Wachkommandos der in der Nähe der Bahn arbeitenden Kriegsgefangenen bestimmt zu sein. Es ist aber möglich, daß unter diese Pakete usw. auch für die Gefangenen selbst bestimmte Gegenstände eingeschmuggelt werden." — Abgesehen davon, daß das Hinauswerfen von Gegenständen aus fahrenden Zügen überhaupt verboten ist, besteht also unter Umständen auch der Verdacht der Begünstigung der Spionage. Das Zugbegleitungspersonal und das Bahnbewachungspersonal ist daher angewiesen worden, auf derartige Vorkommnisse fortgesetzt zu achten und etwaige Uebertretungen möglichst unter Feststellung des Täters sofort zur Anzeige zu bringen.

Aus Provinz und Reich.

Berlin, 26. Januar. Die Feier des Geburtstages Seiner Majestät des Kaisers und Königs fand im Großen Hauptquartier bereits am 26. Januar statt. Die Glückwünsche des Kaisers Franz Joseph überbrachte der Erzherzog-Thronfolger persönlich, die der verbündeten österreichisch-ungarischen Armee der Oberbefehlshaber Erzherzog Friedrich, in dessen Begleitung sich der Generalobersst Freiherr Conrad von Hötzendorff befand. Außerdem nahmen an der Feier teil: Prinz Heinrich von Preußen, der Militärbevollmächtigte der Türkei, Generalleutnant Zeki Pascha, der Militärbevollmächtigte Bulgariens, Oberst Gantschew, der Reichskanzler, der Chef des Generalstabes General von Falkenhayn mit den Abteilungschefs des Generalstabes, der Kriegsminister und der Großadmiral von Tirpitz. Auf eine Ansprache des Erzherzog-Thronfolgers erwiderte der Kaiser mit einem Dank für die ihm von den verbündeten Monarchen übermittelten Glückwünsche, indem er zugleich der Zuversicht auf den endgültigen Sieg der verbündeten Armeen Ausdruck gab.

Der 27. Januar wird im Großen Hauptquartier nur durch einen Gottesdienst gefeiert werden.

Gerichtszeitung

Unterschlagung bei der Mehlverteilungsstelle in Nauen.

Nauen, 26. Januar. Nach Unterschlagung von 28 000 M war der Maschinenschreiber Eberhard Ortlieb im Dezember v. J. aus Nauen flüchtig geworden. Der noch nicht ganz 18jährige junge Mann war erst wenige Wochen vorher bei der dortigen amtlichen Mehlverteilungsstelle als Hilfsschreiber eingetreten. Am 11. Dezember wurde er in Abwesenheit des Vorstehers von der Kontoristin beauftragt, 12 000 M bei der Post einzuzahlen und einen Geldbrief mit 16 000 M Inhalt aufzugeben. Der Angeklagte eignete sich das gesamte Geld an und ergriff die Flucht. Er wandte sich zunächst nach Berlin, wo er sehr schnell etwa 100 M verjubelte, dann wählte er Oberhof in Thüringen als sein Ziel und glaubte, dort in Vergessenheit untertauchen zu können. Als er dort verhaftet wurde, hatte er von dem unterschlagenen Gelde nur 396 M verausgabt, so daß der größte Teil der Summe noch gerettet wurde. Mit Rücksicht hierauf, ferner auf die Unbescholtenheit des Angeklagten und seine Jugend verurteilte ihn gestern die Strafkammer des Landgerichts III nur zu 6 Monaten Gefängnis.

Bunte Zeitung

Rückgang der amerikanischen Einwanderung. In dem Zeitraum vom 1. Juli 1913 bis 1. Juli 1914 hatte die Ziffer der Einwanderung in den Vereinigten Staaten eine Höhe erreicht, die nur einmal, im Jahre 1907, übertroffen war. Nahezu 1 250 000 Personen wanderten ein. Zwar wanderten in derselben Zeit auch fast 300 000 Personen aus, aber es blieb immer noch ein Ueberschuß der Einwanderung von 950 000. Ganz anders war das Bild ein Jahr später. Im August 1915 wanderten kaum 22 000 ein, während die Auswanderung sich auf mehr als 29 000 belief, so daß ein Verlust von über 7000 zu verzeichnen war gegenüber der früheren monatlichen Zunahme von 75 000.

Eine solche Veränderung muß naturgemäß das Wirtschaftsleben unfehlbar beeinflussen. Sonst rekrutierte die Landwirtschaft die infolge Erschöpfung des Bodens immer mehr zu intensiver Kultur übergehen muß, auf einen jährlichen Zuwachs von einer Viertelmillion Arbeitskräfte, und annähernd ebenso viele erwachsene Einwanderer fanden alle Jahre in Handel, Industrie und anderen Arbeitszweigen Aufnahme. Man glaubt in Amerika nicht, daß nach Friedensschluß alsbald eine starke Einwanderung zu erwarten ist, da Europa zum Wiederaufbau seine Arbeitskräfte selber braucht.

Amerika muß sich also mit den vorhandenen Kräften einrichten. Vielleicht finden die führenden Schichten dann eher Gelegenheit, den riesenhaften, aber ungemütlichen und nicht überall fundamentsicheren Bau des amerikanischen Staatswesens etwas wohnlicher zu gestalten. Mit Frauenstimmrecht und Alkoholverbot allein ist es nicht getan; die Yankees können noch manches von Europa lernen, ganz besonders von den deutschen Barbaren.

Letzte Depeschen.

Bericht der Obersten Heeresleitung.

Großes Hauptquartier, 27. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In Verbindung mit einer Beschießung unserer Stellungen im Dünengelände durch die feindliche Landartillerie belegten feindliche Monitore die Gegend von Westend mit ergebnislosem Feuer. Beiderseits der Straße Vimy-Neuville stürmten unsere Truppen nach vorausgegangenen Sprengungen die französische Stellung in einer Ausdehnung von 500 bis 600 Metern, machten einen Offizier und 52 Mann zu Gefangenen, erbeuteten ein Maschinengewehr und drei Minenwerfer. Nach fruchtlosen Gegenangriffen des Feindes entspann sich hier und an den anderen in den letzten Tagen eroberten Gräben lebhafter Handgranatenkampf. Die Stadt Lens lag unter starkem feindlichen Feuer. In den Argonnen zeitweise heftige Artilleriekämpfe.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Abgesehen von erfolgreichen Unternehmungen kleinerer deutscher und österreichisch-ungarischer Abteilungen bei der Heeresgruppe des Generals von Linsingen, ist nichts von Bedeutung zu berichten.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts neues.

Oberste Heeresleitung.

Österreicher und Bulgaren in Albanien.

Bern, 27. Januar. Eine Meldung des „Secolo" aus Rom besagt: Nachrichten aus Durazzo zufolge sind in Mittelalbanien die ersten serbischen, von Skutari geflüchteten Kolonnen aufgetaucht. Giovanni di Medua ist von den Österreichern besetzt. Aus Tirana wird ein bei Elbassan erfolgter Zusammenstoß albanischer Truppen unter Essad Pascha mit der bulgarischen, von Ochrida vorschreitenden Vorhut gemeldet.

Bern, 27. Januar. „Iden Nazionale" meldet: Die Österreicher haben gestern früh mit starken Abteilungen Alessio besetzt. Sie sollen bereits bis zum Zemflusse vorgestoßen sein.

Amerika und die „Lusitania"-Angelegenheit.

Frankfurt a. M., 26. Januar. Aus Amsterdam meldet man der „Frkf. Ztg.": Wie holländische Blätter aus Washington berichten, hat der deutsche Botschafter Graf von Bernstorff die endgültigen Vorschläge seiner Regierung in der „Lusitania"-Affäre der Regierung in Washington unterbreitet. Die Tat des Unterseeboots-Kommandanten wird darin nicht desavouiert. Deutschland werde keine neuen Konzessionen machen. Die Beamten in Washington erwarten indes, daß die Angelegenheit geregelt werden könne.

Briands Romreise.

Lugano, 26. Januar. Wie „Corr. d. Sera" aus Paris erfährt, ist die Reise Briands nach Rom endgültig beschlossen und wird sehr bald zur Ausführung kommen. Nach Berichten desselben Blattes aus Rom dürfte Briand vor Ende dieses Monats in Rom eintreffen.

Prinz Mirko Regent von Montenegro.

Lugano, 26. Januar. Nach dem offiziösen „Giorn. d'Italia" sind die Nachrichten aus Montenegro äußerst karg und verworren. Prinz Mirko sei Regent von Montenegro und besitze das Recht, Verträge mit fremden Mächten zu schließen.

Spaniens Anspruch auf Gibraltar und Marokko.

Budapest, 26. Januar. Das Madrider Blatt „La Tribuna" erließ, wie „Az Est" meldet, eine Rundfrage über die Haltung Spaniens in Angelegenheit Gibraltars und Tangers. Von 45 spanischen Politikern aus allen Lagern liefen Antworten ein. Hinsichtlich Gibraltars erklären alle einmütig, daß die territoriale Unversehrtheit Spaniens wiederhergestellt werden müsse. Unter denen, die sich so aussprachen, befinden sich der Erzbischof von Tarragona, der Präsident der spanischen Akademie Favier Gomez Delaserna, die Abgeordneten Dearlanza, Manuel Hilario Ajuso, die Senatoren Roiz Bergada, Sanjuan de Piedras Albas und Villaz. Der letztere erklärte, Spanien müsse nicht nur Gibraltar, sondern die ganze marokkanische Küste bis gegenüber den Kanarischen Inseln besitzen. Der Publizist Perez sagt, Gibraltar in den Händen der Engländer ist eine nationale Schmach für Spanien. Senator Peyroton bemerkt, die Rückeroberung von Gibraltar und Tanger durch Spanien wird die logische Folge der Niederlage Englands sein; wenn der Vierverband siegt, so wird Spanien von England und Frankreich ebenso „protegiert" werden wie Portugal.

Vor einigen Tagen ist in Barcelona und ganz Katalonien ein allgemeiner Ausstand ausgebrochen. Namentlich erregt der Ausstand der Metallarbeiter Besorgnisse. Vor Ausbruch der Arbeitseinstellung weilten der frühere französische Ackerbauminister und einstige Gegenkandidat Poincares, Abgeordneter Pams, sowie der Abgeordnete Brousse in Barcelona. Die spanischen Blätter beschuldigen offen England und Frankreich, den Ausstand hervorgerufen zu haben in der Absicht, gelernte spanische Metallarbeiter für die eigenen Fabriken zu erhalten. Die beiden französischen Abgeordneten reisten auf Aufforderung des Barcelonaer Polizeipräsidenten ab.

Griechische Kohleneinfuhr.

Athen, 27. Januar. (Agence Havas.) Es ist ein Übereinkommen mit England erzielt worden über die Lieferung von Kohlen für die Industrie-Unternehmungen Griechenlands. England gab seine Ermächtigung zur Ausfuhr von Kohle für den Gebrauch der Bahngesellschaften nach dem Maßstabe ihrer Bedürfnisse. Die Einfuhr amerikanischer Kohle wird in keiner Weise behindert werden.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919160128-12/fragment/page=0003

Amtliche Anzeigen.

Bekanntmachung.

Der Gutsbesitzer Oswald Hofmann in Altranstedt ist zum Hilfsschöffen für die Gemeinde Altranstedt auf die Dauer von 6 Jahren gewählt und von mir bestätigt worden.

Merseburg, den 24. Januar 1916.

Der Königliche Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreissekretär.
J.-Nr. 65 K. A.

Bekanntmachung.

Wegen Reparatur der Leibabrücke bei Runstedt wird der Verbindungsweg Runstedt—Ober-Frankleben bis auf Weiteres für den gesamten Fuhr- und Fußgängerverkehr gesperrt.

Frankleben, den 26. Januar 1916.

Die Wegepolizeibehörde.

Bekanntmachung.

Wir geben hierdurch bekannt, daß am

Sonntag, d. 30. Januar 1916

in der Zeit von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr die Stromversorgung zwecks Vornahme dringender Betriebsarbeiten seitens der Ueberlandzentrale unterbrochen wird.

Merseburg, d. 27. Januar 1916.

Städtisches Elektrizitätswerk.
Betriebsleitung:
Schaarschmidt.

Verschiedenes.

H. Schnee Nachf.
Erstklassiges Spezialgeschäft für Strumpfwaren und Tricotagen.
Halle a S., Gr. Steinstr. 84.

Einspänniges
Kutschgeschirr
zu kaufen gesucht.
C. Günther, Maurermstr.,
Friedrichstraße 36.

Frisch eingetroffen:
Angel-Schellfisch
Grüne Heringe
à Pfd. 35 Pfge.
bei **Emil Wolff.**

Säcke aller Art, auch ausrangierte und zerrissene werden ständig gekauft: Mehlsäcke 1. Zuckersäcke, 2 Ztr. fass. 1.12 M. Mehlsäcke (1½ Ztr.) 1 M., Reissäcke 80 Pf., Packzeug Emballage, das Kilo 50—60 Pf. Reparaturen an Säcken, Planen usw. prompt und billig. **Komme selbst nach dort, Karte genügt.** Sackhandlung **Paul Seeger, Weissenfels a. S.,** Kubastr. 5—6.

F. A. Hoppen
Patentanwalt
Halle a. S., Leipzigerstr. 9.
Telefon 4938
Berlin, Neuenburgerstr. 15.

Kaufe
ganze Nachlasse, gebrauchte Herrenkleidungsstücke, Federbetten, Möbel, Wäsche, Schuhe, Stiefel und dergl. mehr.
H. Apelt, Oelgrube 7.

Einige Fuhren gutes
Wiesen-Heu
sowie
Lang-Stroh
zu kaufen gesucht.
Heinrich Bode Nchfg.
Weißenfelserstraße 72.

Offerten unter
A. G. 100
und abzuholen.
Die Expedition.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe der

Brotmarken

findet am

Freitag, den 28. ds. Mts., von vorm. 8 Uhr,

im Polizeigeschäftszimmer statt.

Diejenigen Damen und Herren, die bisher bei der Ausgabe der Brotmarken mitgewirkt haben, bitten wir, sich zur Empfangnahme der Brotmarken pünktlich einfinden zu wollen.

Merseburg, den 25. Januar 1916.

Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

In hiesiger Stadt ist eine Kriegswitwen- und Kriegswaisenfürsorgestelle neu eingerichtet, die den Zweck hat, den Kriegswitwen und Kriegswaisen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Alle dahingehenden Gesuche und Anträge sind daher zu richten:

an die Kriegswitwen- und Kriegswaisenfürsorgestelle der Stadt Merseburg, Rathaus 1 Treppe, Zimmer Nr. 8.

Merseburg, den 25. Januar 1916.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Diejenigen Einwohner unserer Stadt, welche beabsichtigen, für die Dauer des am 5. März ds. Js. hier zusammentretenden Provinziallandtages an Landtagsabgeordnete

Wohnungen

zu vermieten, ersuchen wir, uns dies unter Angabe des Preises der Wohnung binnen 8 Tagen mitzuteilen.

Merseburg, den 25. Januar 1916.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Unter dem Schweinebestande des Fuhrunternehmers Weber Breitestraße Nr. 20. ist der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche amtstierärztlich festgestellt.

Merseburg, den 25. Januar 1916.

Die Polizei-Verwaltung.

Stellenmarkt.

Schülern
der **höheren Schulen,** welche zu Ostern mind. mit dem Einj.-Zeugnis die Schule verlassen, wird eine
aussichtsreiche Laufbahn
eröffnet bei
der Direktion der „Iduna"
in Halle a. S.

Gesuche der Eltern mit dem zuletzt erteilten Schulzeugnis werden zunächst schriftlich erbeten. Die Anstellungsbedingungen können an der Kasse der „Iduna" täglich von 9 bis 1 Uhr entgegengenommen werden.

Suche zu Ostern einen
Lehrling
unter günstigen Bedingungen.
Otto Bretschneider, Eisenw.-Hdlg.

Suche zu Ostern einen
Lehrling
unter günstigen Bedingungen.
R. Mattern, Bäckermstr., Obere Breite Str. 17.

Suche für mein Damen- u. Herren-Friseur-Geschäft zu Ostern einen
Lehrling.
O. Stiebritz, Gotthardtstr. 32.

Ein Lehrling
wird zu Ostern unter günstigen Bedingungen gesucht.
Georg Herziger, Bäckermeister, Breitestr. 8.

Einen Lehrling
sucht **W. Reinecke,** Tischlermeister.

Bäckerlehrling
unter günstigen Bedingungen sucht sofort oder Ostern
W. Juckoff, Bäckermstr., Neumarkt 21.

Einen Lehrling
sucht **Ernst Uhlig,** Sattlermstr., Neumarkt 52.

Amtliche Anzeigen.

Den Sozietätsmitgliedern soll außer dem üblichen Abschlage von 25 vom Hundert auf das Beitragsverhältnis für das 1. Halbjahr 1916 noch ein weiterer Abschlag von 5 vom Hundert gewährt werden. Ausgenommen von diesem weiteren Abschlage sind die Versicherungen, für welche der Beitrag auf mehrere Jahre im voraus vor dem 1. Januar 1914 gezahlt ist, und die mit Privatgesellschaften gemeinschaftlich übernommenen Versicherungen, für welche der wirkliche Beitrag in gleicher Höhe mit dem der Privatgesellschaft festgesetzt ist. Hiernach setze ich die im 1. Halbjahr 1916 zu leistenden Beiträge für die unter die Ausnahme fallenden Versicherungen auf 75 vom Hundert, für alle übrigen Versicherungen auf 70 vom Hundert des Beitragsverhältnisses fest.

Merseburg, den 11. Januar 1916.

Der General-Direktor der Land-Feuersozietät des Herzogtums Sachsen.

Der Termin der Einziehung und Ablieferung der Beiträge wird von mir noch besonders bekannt gemacht werden.

Merseburg, den 26. Januar 1916.

Der Kreis-Direktor.
von Jagow.

Bekanntmachung.

Die Herrn Minister des Innern und der Finanzen haben sich damit einverstanden erklärt, daß die Ziehung der 8. Serie der dritten Geldlotterie zu Zwecken der deutschen Schutzgebiete in der Zeit vom 11. bis 13. April 1916 stattfindet und daß der Generalvertrieb der in Preußen zugelassenen 220000 Lose dieser Serie vom 20. Juni 1914 den drei Firmen Lud. Müller & Co. in Berlin, Verband Königlich Preußischer Lotterie-Einnehmer G. m. b. H. in Berlin und A. Molling in Hannover übertragen wird. Sämtliche 330000 Lose der 8. Lotterieserie müssen vor ihrer Ausgabe mit dem Vermerk versehen sein: „In Preußen nur zugelassen mit Stempel des Königlichen Polizeipräsidenten zu Berlin." Mit dem Vertrieb der Lose in Preußen ist mit dem 13. Januar 1916 begonnen worden.

Merseburg, den 24. Januar 1916.

Der Königliche Landrat.
J.-Nr. 549 L. J. V.: Kürsten, Kreissekretär.

Bekanntmachung.

1.

Auf Grund der Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers über die Festsetzung von Preisen für Gemüse, Zwiebeln und Sauerkraut vom 4. Dezember 1915 (R. G. Bl. S. 803) wird für den Bezirk der Stadt Merseburg nach Anhörung der Preisprüfungsstelle der Höchstpreis für **Zwiebeln** im Kleinhandel auf **12 Pfg. für das Pfund** festgesetzt.

2.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

3.

Wer die Höchstpreisfestsetzungen überschreitet (Verkäufer, sowohl wie Käufer), wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10000 ℳ bestraft. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Außerdem kann angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen ist.

Merseburg, den 26. Januar 1916.

Der Magistrat.

Vaterländischer Abend

am Sonnabend, den 29. Januar,
abends 8 Uhr,
in der Städtischen Turnhalle, Wilhelmstraße:

Militär-Konzert

ausgeführt von der Kapelle des 7. Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillons (IV 25).

Musikalische Leitung: Herr Dirigent **E. Bartzsch;**
Solisten: Fräulein **E. Hertel, Merseburg** (Sopran), Herr **C. Zilliger, Halle-Merseburg** (Baß).

Eintrittskarten zum Preise von M. 1.50 (I. Platz), M. 1.— (II. Platz), M. —.50 (III. Platz), bei Herrn **E. Frahnert,** Kl. Ritterstraße und an der Abendkasse.

Eröffnung der Abendkasse 7¼ Uhr.

Der Mobilmachungsausschuß vom Roten Kreuz.

Aufmerksame Bedienung. Mässigste Preise.

Karl Tänzer

Merseburg Adolf Schäfers Nachf. Entenplan 7

Spezialgeschäft
für
Braut- und Erstlings-Wäscheausstattungen.

Fernspr. 259.

Solide Qualitäten. Grosse Auswahl.

Joh. Seb. Bach-Verein.

Nächsten Freitag, den 28./1.,
keine Uebung.
H. Berger.

Brennholz-Auktion.

Sonnabend, d. 29. Januar 1916, 2 Uhr nachmittags,
sollen mehrere Haufen Buschholz (Rüster) öffentlich meistbietend verkauft werden.

Sammelplatz Werderstraße am Wege nach der Propstei.

Merseburg, den 26. Januar 1916.

Die Oekonomie-Deputation.

Verkäufe.

Speise- und Herrenzimmer-Einrichtung,
echt Eiche,
1 Salon-Einrichtung,
dunkel Mahagoni,
für **350** Mark,
eine vollständige
Schlafzimm.-Einrichtung
für **290** Mark
verkauft
Friedrich Peileke,
Halle a. S., Geiststraße 25.

Gut verzinsl. mittleres
Wohnhaus
mit Garten zu verkaufen. Zu erfragen in der Expedition d. Bl.

Ein gutes Sofa
u. 2 Polsterstühle mit Seidenbezug
preiswert zu verkaufen.
Adolf Malpricht.

Vermietungen.

Wohnung (eine Etage) von 2 Stuben, 3 Kammern, Küche, elektrisch Licht nebst Zubehör sofort oder später zu beziehen
Unter-Altenburg 52.

I. Etage,
4 Zimmer nebst allem Zubehör, zu vermieten und 1. April 1916 zu beziehen
Roßmarkt 17.

4-Zimmer-Wohnung
1. April oder früher zu beziehen
Lindenstraße 19.

Am Bahnhof 1
ist eine größere Etagenwohnung zu vermieten und sofort oder später zu beziehen. Näheres
Kleine Ritterstr. 9 I.

Größere Etagenwohnung,
herrschaftlich eingerichtet, mit Garten, eventl. Pferdestall und Wagenremise, ist zu vermieten und 1. April zu beziehen. Näheres
Kleine Ritterstr. 9, I.

Mittlere Wohnung,
Stube, Kammer und Küche, eventl. noch kl. Stube, zum 1. April zu mieten gesucht. Offerten abzugeben unter **F. C.** an die Exped. ds. Bl.

Fernere Familiennachricht.

(Anderen Zeitungen entnommen).

Getraut: Herr Fritz Schachtzabel, Oberleutnant d. Res. u. Kompagnie-Führer Halle a. S. mit Frau geb. Gruben, Essen-Ruhr, kriegsgetraut.

Gestorben: Herr Alexander Freiherr Speck von Sternburg, Majoratsherr auf Lützschena, Schloß Lützschena, Herr Carl Caurath, Kgl. Eisenbahn-Oberassistent, Herr Adolf Pamperin, beide Halle a. S.

Auf dem Felde der Ehre gefallen: Herr Kurt Leonhardt, Landsturmmann in einem Inf.-Regt. Halle a. S., Herr Kurt Klingler, Musketier in einem Inf.-Regt., Muschwitz.

Verantwortlich für die Redaktion: L. Baltz. Verlag und Druck: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919160128-12/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 23 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt

Freitag, den 28. Januar 1916.

Aus Stadt und Umgebung

* **Das Eiserne Kreuz** 2. Klasse erhielt Reservist Ernst Witker von hier.

* **Erleichterung für ältere Landsturmleute.** Durch eine kriegsministerielle Verfügung ist eine Erleichterung der Landsturmmannschaften älterer Jahrgänge, die sich bereits lange im Felde befinden, durch Ablösung durch jüngere Mannschaften in Aussicht genommen. Auf Grund dieser bekannt gewordenen Absicht gehen in letzter Zeit den Militärbehörden zahlreiche Gesuche von Angehörigen von Landsturmleuten auf Entlassung zu. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß eine Entlassung nur auf dem üblichen Reklamationswege erfolgen kann; unter Erleichterung ist nur eine Versetzung zu einem heimatlichen Ersatztruppenteil zu verstehen. Die Versetzungen erfolgen ohne besonderen Antrag seitens der Angehörigen, soweit sie ausführbar sind. Eine Einreichung besonderer Anträge ist daher nicht erforderlich.

* **Die Einkommensteuer im Kriegsjahr 1915.** Die Ergebnisse der Einkommensteuer-Veranlagung für 1915 sind soeben in der üblichen Übersicht dem Abgeordnetenhaus mitgeteilt worden. Für 1915 waren im ganzen Königreich zur Einkommensteuer veranlagt 7 300 619 physische Personen (im Vorjahr 7 318 382), und zwar zu 319 058 465 Mark Steuer (im Vorjahr 314,3 Millionen). Daneben noch 12 087 nicht physische Personen (im Vorjahr 11 610) zu 46 356 539 Mark (im Vorjahr 40,1 Millionen) Steuer. Der Gesamtjahresbetrag der zu erhebenden Einkommensteuer einschließlich der Zuschläge betrug 420 940 163 Mark, das sind 21,8 Millionen Mark weniger als im Jahre 1914, das selber gegen das Vorjahr 1913 einen um 28,2 Millionen Mark höheren Jahresbetrag an Einkommensteuer erzielt hatte. Im Durchschnitt der preußischen Städte war für 1915 der Ertrag der Einkommensteuer um 14 Millionen Mk. geringer als im Vorjahre, in den Landgemeinden um 7,8 Millionen Mark. Im ganzen Staatsgebiet blieb das Erträgnis der Einkommensteuer hinter dem des Vorjahres um 4,94 Prozent zurück, und zwar in den Städten um 4,23 Prozent, in den Landgemeinden und Gutsbezirken mit über 2000 Einwohnern um 8,23 Prozent, in den kleineren Landgemeinden um 5,89 Prozent. In Ostpreußen ist der Rückgang der Einkommensteuer natürlich sehr erheblich größer gewesen; im Durchschnitt des Regierungsbezirks Gumbinnen beträgt er 26,4 v. H. und er steigt in den größeren Landgemeinden und Gutsbezirken des Regierungsbezirks Allenstein bis zu 49,1 v. H. und des Regierungsbezirks Gumbinnen bis zu 55,47 v. H. Eine Erhöhung des Einkommensteuerertrages ist zu verzeichnen in den Städten der Regierungsbezirke Köslin (3,58), Posen (3,09), Bromberg (6,54), Breslau (0,51), Schleswig (2,77), Münster (1,83), Minden (5,25) und (wie schon gestern mitgeteilt) in den größeren Landgemeinden und Gutsbezirken der Regierungsbezirke Posen (20,08), Merseburg (2,06), Hildesheim (0,43), Osnabrück (2,54).

In Berlin ist 1915 der Einkommensteuerertrag gegen das Vorjahr um 4,33 Millionen gesunken (7,7 v. H.). Eine Erhöhung haben aufzuweisen u. a. die Städte Essen (14,77 v. H.), Posen (7,45 v. H.), Mülheim a. Ruhr (4,19 v. H.), Münster i. W. (16,8 v. H.), Spandau (11,9 v. H.), Linden (7,7 v. H.), Beuthen O.-S. (10,6 v. H.), Neumünster (8,41 v. H.), Oppeln (8,49 v. H.), Stolp in Pommern (14,5 v. H.), Schneidemühl (29,69 v. H.).

* **Der Entwurf eines Schätzungsamtsgesetzes,** worunter die bisher sogenannten Taxämter gemeint sind, ist dem Abgeordnetenhause zugegangen. Er bestimmt, daß für jeden Stadt- und Landkreis ein Schätzungsamt durch Satzung zu errichten ist, die vom Bezirksausschuß beschlossen wird. Das Amt ist zur Schätzung verpflichtet auf Antrag des Eigentümers oder eines Miteigentümers des Grundstücks, auf Antrag eines an dem Grundstück Berechtigten, der ein berechtigtes Interesse an der Schätzung darlegt, oder nach näherer Vorschrift der Ausführungsbestimmungen auf Ersuchen einer öffentlichen Behörde. Falls die Schätzung von einem an dem Grundstück Berechtigten ohne die Zustimmung des Grundstückseigentümers beantragt wird, ist dieser über den Antrag zu hören. Widerspricht er dem Antrage, so entscheidet der Vorsteher des Schätzungsamts. Als Schätzer darf nur bestellt werden, wer 1. zum Amt eines Schöffen fähig ist (§ 31 zweiter Satz und § 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes), 2. das 30. Lebensjahr vollendet hat und 3. in dem Bezirke des Amtes seit mindestens 3 Jahren wohnt oder beschäftigt ist. Die Aufsichtsbehörde kann Ausnahmen von den Bestimmungen zu 2 und 3 zulassen. Als Mitglied eines Schätzungsamts darf nicht bestellt werden, wer 1. gewerbsmäßig Grundstücks- oder Hypothekengeschäfte vermittelt, 2. gewerbsmäßig den Erwerb oder die Veräußerung oder die Beleihung von Grundstücken betreibt. 3. Mitglied des Vorstandes oder des Aufsichtsrats (Verwaltungsrats) einer Gesellschaft ist, die den gewerbsmäßigen Betrieb eines den Erwerb oder die Veräußerung oder die Beleihung von Grundstücken bezweckenden Unternehmens zum Gegenstande hat, oder wer sonst bei einem solchen Unternehmen beschäftigt ist.

* **Gegen die bestehenden Gemüsehöchstpreise.** Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat, wie uns sein Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz mitteilt, folgenden Beschluß gefaßt: Der Landwirtschaftsrat erachtet die festgesetzten Gemüsehöchstpreise für schädlich und zwar sowohl für den Hersteller als besonders auch für den Verbraucher. Schädlich für den Hersteller: 1. weil infolge der Trockenheit die Ernte klein und daher die Herstellungskosten für das einzelne Gemüse bedeutend höher sind als in normalen Jahren; 2. weil die Herstellungskosten durch die Kriegsverhältnisse erheblich gesteigert worden sind. Schädlich für den Verbraucher: 1. weil bei den zu niedrig bemessenen Preisen viel Gemüse in die Viehställe gedrängt wird, sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande; 2. weil die Zufuhr vom Auslande ferngehalten wird; 3. weil die Gemüsehöchstpreise zu spät eingeführt worden sind; 4. weil die Höchstpreise nur für den Hersteller und nicht für den Kleinhandel gelten; 5. weil die Produktion für das kommende Jahr unbedingt eingeschränkt werden wird, wenn die Herstellungskosten höhere sind als die Verkaufspreise. Für die Ernte des vergangenen trockenen Jahres werden daher ähnliche Preise vorgeschlagen, wie solche in dem trockenen Jahre 1911 bestanden haben und zwar: Für den Hersteller frei nächster Verladestation: Weißkohl 4,50 Mark, Rotkohl 6 Mark, Wirsingkohl 6 Mk., Grünkohl 5 Mark, Zwiebeln 10 Mark, gelbe Kohlrüben 3 Mk., weiße Kohlrüben 2 Mark, rote Mohrrüben 6 Mark, weiße und gelbe Mohrrüben 3,50 Mark. Für den Kleinhandel müßen unbedingt Höchstpreise eingeführt werden und zwar durch Zuschläge von etwa 30—50 Prozent. Die abgeänderten Preise sind unverzüglich einzuführen. — Der Hinweis in obiger Mitteilung, daß keine Kleinhandelshöchstpreise beständen, ist irrig. Sie sind durch Bundesratsverordnung in ihren Höchstsätzen genau vorgeschrieben, und die Gemeinden von 10 000 Einwohnern ab sind verpflichtet, sie einzuführen — was auch zum größeren Teile bereits geschehen ist.

* **Verkehr mit Brotgetreide und Mehl.** Die Reichsgetreidestelle hat in einem Rundschreiben an sämtliche Kommunalverbände, in dem einleitend darauf hingewiesen wird, daß wir auch im zweiten Kriegsjahr streng haushalten müssen, wenn wir nicht nur reichen, sondern auch mit einer hinlänglichen Reserve ins nächste Wirtschaftsjahr hinübergehen wollen, die einschränkenden Maßnahmen für den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl bekannt gegeben, von denen die wichtigsten folgende sind:

1. Zur Herstellung von Mehl ist vom 16. Januar 1916 ab Roggen bis zu 82 v. H. und Weizen bis zu 80 v. H. auszumahlen. Die Herstellung von Kommißbrot aus Schrotmehl zur Brotbereitung wird hiervon nicht berührt. Die Vorschrift gilt für alles Brotgetreide, das die Reichsgetreidestelle, ein selbstwirtschaftender Kommunalverband oder ein Selbstversorger einer Mühle zum Ausmahlen übergiebt.

2. Hinterkorn darf von den Kommunalverbänden vom 16. Januar 1916 ab zur Verfütterung nicht mehr freigegeben werden. Die beim Dreschen und Reinigen abfallenden Mengen an zerschlagenen und verkümmerten Körnern usw. müssen an den Kommissionär der Reichsgetreidestelle oder an den aufkaufenden Kommunalverband abgeliefert werden. Es darf also von den Landwirten kein Hinterkorn mehr zurückbehalten, verschrotet oder verfüttert werden, weder ohne noch mit Erlaubnis des Kommunalverbandes.

3. Die Mehlmenge, die täglich auf den Kopf der versorgungsberechtigten Zivilbevölkerung verbraucht werden darf, wird, wie im Vorjahre, vom 1. Februar ab auf 200 Gramm festgesetzt. Die Kommunalverbände haben bei der Unterverteilung der Mehlmengen Unterschiede zugunsten der schwer arbeitenden Bevölkerung zu machen und die hierfür benötigten Mengen durch Einsparen bei der Versorgung der übrigen, besonders der bemittelten Bevölkerung auszugleichen. Die Kommunalverbände werden darauf hingewiesen, daß sie diese Verschiebung bei der Unterverteilung zugunsten der schwer arbeitenden Bevölkerung unter großer Sorgfalt und mit dem Ziel durchzuführen haben, den wirklich schwer arbeitenden Personen ihre gegenwärtige Brotmenge möglichst unverkürzt zu erhalten.

Bezüglich der bisherigen Brotmarkenfreiheit von Vollkornbrot und ähnlichen Brotarten ist in einer anderen Verfügung der Reichsgetreidestelle bestimmt worden, nur Spezialvollkornbrote, die sich nach Verpackung, Preis und Größe von dem normalen Brot wesentlich unterscheiden, brotmarkenfrei zu lassen. Andere Vollkornbrote, die, wie z. B. Schlikter- und Finkkerbrot, aus Mehl unter Zusatz von nach bestimmten Verfahren fein vermahlener Kleie hergestellt werden, fallen künftig unter die Brotmarkenregelung. Soweit Betriebe, die derartiges Kleiemehl herstellen, von der Reichsgetreidestelle mit Getreide beliefert werden, haben sie die entfallenden Mengen gewöhnlichen Mehles der Reichsgetreidestelle wieder zur Verfügung zu stellen, während sie als Getreideerzeugnisse verarbeitende Betriebe das nach besonderem Verfahren hergestellte Kleiemehl verkaufen können.

4. Die Menge, die ein Selbstversorger unter den vom Kommunalverband vorgeschriebenen Kontrollmaßregeln verwenden darf, wird ebenfalls vom 1. Februar ab auf den Kopf und Monat wieder auf 9 Kilogramm Brotgetreide festgesetzt. Dabei entsprechen vom 1. Februar ab einem Kilo Brotgetreide 800 Gramm Mehl. Ein Selbstversorger darf hiernach für die Zeit vom 1. Februar bis zum 15. August 1916, also für 6½ Monate, insgesamt 58,5 Kilogramm Brotgetreide auf den Kopf zurückbehalten. Sollte bei einem Selbstversorger schon die Aussonderung des Brotgetreides nach dem Monatssatze von 10 Kilogramm erfolgt sein, so ist von ihm die überschießende Menge Getreide sofort abzuliefern.

Durch die von der Reichsgetreidestelle getroffenen Maßnahmen wird unsere Versorgung mit Brotgetreide auch für das neue Wirtschaftsjahr sicher gestellt, ohne daß von dem einzelnen große Opfer verlangt werden, und es kann, wie die Erfahrungen des vorigen Jahres gelehrt haben, wenn die Vorschriften der Reichsgetreidestelle genau innegehalten werden, vielleicht noch ein Ueberschuß für das kommende Wirtschaftsjahr erzielt werden.

* **Um die Einführung von Butterkarten** dürften die Gemeinden schwerlich herumkommen, da bei der in Aussicht genommenen Verteilung der Butter vorzugsweise solche Gemeinden berücksichtigt werden sollen, die eine Regelung des Butter- bezw. Fettverbrauchs mit Sperrkarten über wöchentlich höchstens 125 Gramm Butter allein bezw. 250 Gramm Streichfetten aller Art durchgeführt haben. Bei der Stellungnahme des neugeschaffenen Butterverteilungsbeirats zur Frage der Butter- bezw. Fettkarten ist zu erwarten, daß späterhin überhaupt nur noch Gemeinden, die dieser Voraussetzung genüt haben, Butter von der Zentraleinkaufsgesellschaft zugewiesen erhalten werden. Als vorläufige Grundlage der Verteilung ist von der Zentraleinkaufsgesellschaft, der die Lieferung der Butter an die notleidenden Bezirke, nämlich die in Friedenszeiten mit Auslandsbutter versorgten und die im freien Verkehr nicht versorgbaren Bezirke obliegt, ein vom Butterverteilungsbeirat und dem Reichskanzler genehmigter Verteilungsplan aufgestellt worden. Eine regelmäßige Butterlieferung soll an folgende Bezirke er-

---

Auf dunklen Pfaden.

Roman von A. Hottner-Grese.

(Nachdruck verboten.)

9]

Hanna flüsterte es eine Viertelstunde danach dem alten Josef zu, welcher, zitternd vor erwartungsvoller Aufregung, im Speisezimmer saß.

„Da, nehmen Sie den Kleinen, Josef; er schläft schon wieder! Und geben Sie gut acht auf das Kind! Ich muß zurück zur Baronin!"

Die alte Hanna sprach zum ersten Male von ihrer jungen Herrin als von „der Baronin". Es war, als wollte sie die Stellung von Mutter und Kind jetzt so recht betonen.

Josef nahm das weiße Bündel ziemlich ungeschickt in seine Arme. Als aber Hanna wieder verschwunden war, da neigte er sich ganz herab zu dem Kleinen und besah genau das rosige, runde Gesichtchen, um welches ein paar dunkle Haarringelchen lagen, die zwei drallen Fäuste, die der Kleine zusammengeballt hatte, die winzigen Ohren, den allerliebsten Mund.

Noch nie hatte Josef, der alte Junggeselle, ein so kleines Kind so genau betrachtet.

Eine tiefe Rührung kam über ihn. Behutsam tätschelte er es ein wenig hin über die weiche, runde Wange. Dann machte er auf Stirn, Kinn und Brust des Knaben das Zeichen des Kreuzes.

„Niemand soll dir was tun, kein Mensch!" sagte er halblaut vor sich hin. „Du bist meines armen, toten Herrn Sohn! Und wenn sie dir etwas tun wollen, dann ist der alte Josef schon auch noch da! Geschehen laß' ich dir nichts!"

Er sah ganz kampfbereit aus in diesem Moment, der gute, alte Mann. Unwillkürlich hatte er an die schöne Schwägerin des toten Freiherrn, an Frau Otta, denken müssen.

Für sie war dieses Kind, welches ihrem eigenen Sohne so vieles nahm, ein Feind. Und Josef wußte, wie diese Frau zu hassen verstand. —

„Harro" war aus dem Nebenzimmer herbeigeschlichen. Einige Minuten besah er das schlafende, kleine Kind mit ernsten, prüfenden Augen. Dann drängte er sich ganz nahe heran an den alten Mann und beleckte mit seiner breiten, roten Zunge des Knaben Händchen ein wenig.

Josef nickte ihm zu.

„Du hältst auch zu uns!" sagte er und streichelte den großen Kopf des Hundes. „Ja, ja! Wir halten zusammen, wir drei! gell, Bubi? Wir halten zusammen!"

„Harro" knurrte ein wenig und der Kleine schnarchte leise.

Der riesige Hund streckte sich neben Josef hin, unausgesetzt die beiden im Auge behaltend.

So blieben sie beisammen, bis im Osten der Sonnenball emporstieg und das Firmament glühendrot färbte.

Als die ersten goldigen Sonnenstrahlen über die Erde hinzitterten, trat aus dem Buschwerk, welches die Fahrstraße begrenzte, die Gestalt eines Mannes.

Der Mann hatte ein Gewehr über der Schulter und trug die kleidsame, hübsche Uniform eines Försters.

Unter dem Lodenhut blitzten ein Paar leidenschaftliche, heiße, scharfäugige Augen; die stark gebogene Nase gab dem schmalen Gesicht etwas Kühnes, aber um den Mund lag ein herber Zug, welcher auch durch den kurzen, dunklen Bart nicht ganz verdeckt wurde.

Dieser Mann sah aus, als schrecke er vor nichts zurück, und als kenne er keine Rücksicht, wenn es galt, etwas durchzusetzen.

Mit sprühenden Augen spähte er die Fahrstraße entlang, dann kniete er plötzlich nieder auf dem feuchten Boden. Da waren allerlei Spuren, welche ihn sehr interessierten.

„Hm", sagte er vor sich hin, „da ist ein Wagen gefahren! Da — die Räderspur geht direkt auf das Jagdschloß zu. Aber daneben läuft die Spur eines Autos!

„Merkwürdig! Wer fährt hier auf diesen Straßen, in dieser Einsamkeit mit einem Auto?

Ich habe ja schon unten diese Spur gesehen! Doch da lief auch eine ganz frische zurück, der Straße gegen Salzburg zu. Die Sache ist sonderbar, höchst sonderbar! Man könnte sie ein wenig verfolgen!"

Der Mann im Jagdrock kniete nochmals hin und prüfte wieder voller Aufmerksamkeit die Rinnen, welche die Räder der beiden Gefährte in dem feuchten Waldboden hinterlassen hatten.

Dabei fiel sein Blick auf etwas Glänzendes, das halb im Schmutz versteckt lag. Er hob es auf. Es war eine winzige Schraube.

„Man kann nicht wissen," murmelte der Förster — „schließlich, 's ist doch mein Revier! Und diese Sache interessiert mich!"

Ein Rascheln im Gebüsch ließ ihn emporfahren. Mit einem schnellen Ruck riß er die Büchse von der Schulter.

„Wer da?!" rief er laut und drohend.

Das Rascheln verstärkte sich, es war, als ob jemand rasch flüchtete.

Mit einem großen Satz sprang der Jäger nach, ungeachtet der Dornen, welche seinem Rock übel mitspielten.

Und jetzt, da die Sonne höher stieg, jetzt sah er auch schon nicht weit vor sich eine Gestalt, welche eilends davonlief.

„Halt," schrie er donnernd noch einmal, „augenblicklich stehst du still, Hexe, oder ich schieße!"

Die Gestalt stand wirklich im Augenblick und wandte sich um. Ein weißes Gesicht, lodernde schwarze Augen sahen dem Förster entgegen. Dann klang ein Lachen, scharf und unheimlich.

„Schieß doch zu," schrie das Weib zurück, „schieß nur! Dann hat wenigstens das Elend ein End'!"

Der Förster hatte den Gewehrlauf gesenkt.

„Du bist's, Aga?" sagte er jetzt langsam, wie scheu näher kommend. „Ja, das konnt' ich freilich nicht wissen! Wie kommst du denn daher in mein Revier?"

Das junge Weib stand ganz still und sah nur immer den Mann an, der zögernd näher kam. Fast unheimlich war sie anzusehen, trotzdem das Gesicht schön war.

Aber über den großgeschnittenen, regelmäßigen Zügen lag ein Ausdruck fast wie Wahnsinn.

Und dieser seltsame, wirre Ausdruck lag auch in den großen Augen. Die hohe, sehr volle Gestalt war ein wenig gebückt, als ob sie unter einer schweren Last zu gehen gewohnt sei.

„Wie kommst denn du in mein Revier?" wiederholte der Förster nochmals seine Frage.

Die Frau lachte wieder schrill und scharf.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919160128-12/fragment/page=0005

folgen: Bezirk des Verbandes Groß-Berlin, die Provinzen Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Hannover, Hessen-Nassau, Westfalen und Rheinprovinz. Maßgebend für diese Regelung war die Erwägung, daß bei der Knappheit der für die Verteilung verfügbaren Buttermengen hauptsächlich nur die Großstädte und volkreichen Industriegebiete und auch diese nur mit einem Teil ihres Bedarfs berücksichtigt werden können. Im übrigen hat der preußische Minister des Innern zu der Frage durch einen Runderlaß dahin Stellung genommen, daß der Vertrieb der im Inlande erzeugten Buttermengen sich grundsätzlich im freien Verkehr wie in Friedenszeiten abwickeln muß und der Butterhandel nicht durch irgendwelche Beschränkungen der Butterausfuhr in den Erzeugungsgebieten behindert werden darf. Andernfalls wird dem Handel die Erfüllung seiner Aufgabe, die Butter aus den überschußgebieten nach den Bedarfsbezirken zu schaffen, unmöglich gemacht und damit die Bevölkerung in diesen Bezirken der Gefahr eines Notstandes in der Butterversorgung ausgesetzt.

* **Der Nahrungsmittelausschuß des Deutschen Städtetages,** der Dienstag in Berlin unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth eine Sitzung abhielt, beschäftigte sich mit der Neuregelung der Kartoffelfrage und den sich daraus ergebenden Anträgen an die Reichsregierung; ferner beschäftigte er sich mit der Neuregelung der Kartoffelfrage und den sich daraus ergebenden Anträgen an die Reichsregierung; ferner beschäftigte er sich mit der Fleischversorgung und faßte verschiedene Beschlüsse; unter anderen verlangt er Stallhöchstpreise für Schweine.

* **Rohzucker-Meldung.** Wer Rohzucker (Erzeugnis) mit Beginn des 1. Februar 1916 in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, die vorhandenen Mengen getrennt nach Eigentümern unter Nennung der Eigentümer und unter Angabe des Betriebsjahres, aus welchem der Rohzucker stammt, der Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin anzuzeigen. Zu diesem Zwecke haben die Berechtigten, deren Zucker in fremdem Gewahrsam liegt, den Lagerhaltern nach dem 1. Februar 1916 unverzüglich die ihnen zustehenden Mengen anzuzeigen. Die Anzeigen an die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin sind bis zum 3. Februar 1916 abzusenden. Anzeigen über Mengen, die sich mit Beginn des 1. Februar 1916 auf dem Transport befinden, sind unverzüglich nach dem Empfange von dem Empfänger zu erstatten. Die Anzeigepflicht erstreckt sich nicht: 1. auf Mengen, die sich im Gewahrsam einer Rohzuckerfabrik oder einer Verbrauchszuckerfabrik befinden; 2. auf Mengen, die insgesamt weniger als 100 Doppelzentner betragen. Geht der Gewahrsam an den angezeigten Mengen nach dem 31. Januar 1916 auf einen anderen über, so hat der nach Absatz 1 Anzeigepflichtige der Zentraleinkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin den Verbleib der Mengen anzuzeigen.

* **Wiederholung der Verbrauchszucker-Bestandsmeldung.** Wer Verbrauchszucker mit Beginn des 1. Februar 1916 in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, die vorhandenen Mengen getrennt nach Arten und Eigentümern unter Nennung der Eigentümer der Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin anzuzeigen. Zu diesem Zwecke haben die Berechtigten, deren Zucker in fremdem Gewahrsam liegt, den Lagerhaltern nach dem 1. Februar 1916 unverzüglich die ihnen zustehenden Mengen anzuzeigen. Die Anzeigen an die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. sind bis zum 10. Februar 1916 abzusenden. Anzeigen über Mengen, die sich mit Beginn des 1. Februar 1916 auf dem Transport befinden, sind unverzüglich nach dem Empfange von dem Empfänger zu erstatten. Die Anzeigepflicht erstreckt sich nicht: 1. auf Mengen, die im Eigentum des Reichs, eines Bundesstaates oder Elsaß-Lothringens, insbesondere im Eigentum der Heeresverwaltungen oder der Marineverwaltung, sowie auf Mengen, die im Eigentum eines Kommunalverbandes stehen; 2. auf Mengen, die insgesamt weniger als 50 Doppelzentner betragen.

* **Käseverkauf nach Gewicht.** Die am 21. Januar in Kraft getretene Verordnung des Bundesrats über Käse sieht für die Harzer-, Spitz-, Stangen- und ähnliche Käse Höchstpreise nach Gewicht vor. Demgemäß wird es für die Kleinhändler notwendig werden, den bisher üblichen Handel nach Stück aufzugeben, da sich sowohl der Käufer als der Verkäufer strafbar machen, wenn beim Handel nach Stück die Umrechnung nach Gewicht eine Ueberschreitung des Höchstpreises ergiebt. Weiter sieht die Verordnung Höchstpreise für Speisequark mit einem Wassergehalt von höchstens 75 Prozent vor. Da die Herstellung von Käse, für den keine Höchstpreise festgesetzt sind, verboten ist, machen sich Verkäufer, die Speisequark mit einem höheren Wassergehalt in den Verkehr bringen, strafbar. Auch hierauf wird mehr als bisher zu achten sein.

* **Rübenpreise und Zuckerpreise.** Nach den im preußischen Abgeordnetenhause über die Zuckerfrage gepflogenen Erörterungen darf man als sicher annehmen, daß eine Erhöhung des Zuckerrübenpreises auf 1,40—1,50 M bevorsteht. Der Rückgang unserer Zuckererzeugung im vergangenen Jahre um 11 Millionen Doppelzentner macht einen verstärkten Anbau von Zuckerrüben unbedingt erforderlich, weil die Erzeugung des letzten Jahres zwar für den menschlichen Bedarf, nicht aber für die Viehfütterung ausreicht. Soll aber ein vermehrter Anbau von Zuckerrüben in diesem Jahre erreicht werden, dann muß dem Landwirt ein Anreiz dazu durch einen lohnenden Preis geboten werden. Bei dem gegenwärtigen Mangel an Futtermitteln liegt der Anbau von Zuckerrüben nicht im Interesse des Landwirts. Die Sorge um die Durchhaltung des Viehs läßt ihn vielmehr den Anbau von Futterrüben mit ihrer viel einfacheren Kultur und den geringeren Erzeugungskosten weit lohnender erscheinen. Außerdem haben Futterrüben infolge der enormen Preissteigerung aller Futtermittel einen gegenwärtig höheren Verkaufswert als Zuckerrüben, auch wenn die geplante Preiserhöhung durchgeführt wird.

Mit Rücksicht auf die bevorstehende Bestellung erträgt der Abschluß der Verträge der Zuckerfabriken über die Rübenlieferung keinen Aufschub mehr. Infolgedessen darf man annehmen, daß eine Regelung des Rübenpreises durch eine Bundesratsverordnung in diesen Tagen erfolgen wird. Es fragt sich nun, welche Folgen die Erhöhung der Rübenpreise auf den Preis des Verbrauchszuckers haben wird. Eine Heraufsetzung des Rübenpreises auf 1,40 M würde den Rohzuckerpreis um 3 M auf 15 M erhöhen. Dadurch tritt naturgemäß auch eine Verteuerung des Verbrauchszuckers ein. Man darf aber annehmen, daß die Reichsregierung, bevor sie sich zu einer Heraufsetzung des Verbrauchszuckerpreises entschließt, in eine genaue Prüfung eintreten wird, ob die Geschäftsergebnisse der Rohzuckerfabriken und besonders der Raffinerien während der Kriegszeit eine Erhöhung des Verbrauchszuckerpreises unerläßlich machen. Daß bei dieser Prüfung den Rücksichten auf die Verbraucher soweit als möglich Rechnung getragen wird, ist selbstverständlich. Auf jeden Fall könnte nur ein Preisaufschlag von einigen Pfennigen für 1 Pfund Verbrauchszucker in Frage kommen. Der durchschnittliche Zuckerverbrauch beträgt in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung 40 Pfd. pro Jahr. Eine Erhöhung des Verbrauchszuckerpreises um etwa 3 Pfg. auf das Pfund würde mithin eine Mehrbelastung von 1,20 M für das Jahr bedeuten. (Magdeb. Ztg.)

* **Feldwebelleutnants für die Marine.** Durch Allerhöchste Order vom 27. Januar wurde für die Marine der Dienstrang eines Deckoffizierleutnants, eines Deckoffizieringenieurs und eines Feldwebelleutnants geschaffen. Der Rang eines Feldwebelleutnants hat in der Armee bereits seit längerer Zeit bestanden, und im Verlaufe dieses Krieges ist davon auch in umfassendem Maße Gebrauch gemacht worden. Das ergab eine starke Ungerechtigkeit gegenüber dem Marinekorps, das in Flandern Schulter an Schulter mit der Armee ficht. Hier besteht für die älteren Unteroffiziere die Möglichkeit, sich die Auszeichnung als Feldwebelleutnant zu erringen. Um diesen Uebelstand zu beseitigen, ist vom Kaiser durch besondere Kabinettsorder der Rang eines Feldwebelleutnants auch für die Marine geschaffen worden, und zwar nicht allein für das eigentliche Marinekorps, sondern auch für die ganze Flotte, für das seemännische sowohl wie für das technische Personal.

* **Kriegssünder und Strafbefehl.** Wir lesen in auswärtigen Blättern:

„In der Öffentlichkeit ist jetzt die Ansicht stark verbreitet, daß weder Stadtverwaltungen noch Gerichte etwas gegen die Überschreiter der Höchstpreise, die Nahrungsmittelverfälscher und Lebensmittelwucherer tun. Diese glücklicherweise falsche Ansicht gründet sich darauf, daß im Gerichtssaal der Zeitungen allerdings nur selten eine derartige Gerichtsverhandlung gebracht wird. Das hat aber einen guten Grund. Durch die in immer reichlicheren Maße erscheinenden Verfügungen und Verordnungen der Behörden waren die Gerichte so stark überlastet, daß mit größter Mühe kaum durchzukommen war. Durch ministerielle Verfügung ist daher angeordnet worden, daß alle derartigen Vergehen und Übertretungen durch sogenannte Strafbefehle erledigt werden können. Das bringt eine starke Entlastung der Gerichte. Da die meisten der mit Strafbefehlen Bedachten sich stören, den Einspruch einzulegen und öffentliche Verhandlung zu beantragen, erfährt die Bevölkerung hiervon den Verfehlungen mancher Kreise. Es steht jedoch fest, daß recht gröbliche Verstöße gegen die obenerwähnten Bestimmungen vorgekommen sind und leider trotzdem und alledem noch vorkommen. Das mag seinen Grund darin haben, daß die öffentliche Brandmarkung durch die Presse durch die Strafbefehle unterbunden ist. Bekanntlich fürchten alle derartigen Personen die Bekanntgabe ihrer sauberen Machenschaften mehr als ihre gerichtliche Bestrafung. Sie zahlen gern ihre oft hohen Strafen, weil sie dann vermeiden, daß über ihr Tun etwas in die Öffentlichkeit dringt. Auch werden sie durch Überschreiten der Höchstpreise, Verfälschung der Nahrungsmittel und Übervorteilen der Käufer so viel verdienen, daß sie willig etwas von ihrem Übergewinn in Gestalt einer Geldstrafe abgeben. Die Erfahrung hat jetzt zur Genüge gelehrt, daß die Strafbefehle an sich nichts erreichen. Es muß daher die dringende Forderung erhoben werden, daß alle für den Stadtbezirk in Frage kommenden Personen, die sich in der oben geschilderten Weise vergangen haben, durch eine Veröffentlichung des Magistrats gebrandmarkt und bezeichnet werden."

Man kann diesen Ausführungen nur zustimmen. Der große Sünder kann die in der Regel recht mäßigen Strafsummen anstandslos zahlen, den kleinen stellt man vor Gericht und brandmarkt ihn. Das ist ein Verfahren, das dem deutschen Rechtsempfinden nicht entspricht. Zudem hat die Öffentlichkeit ein sehr dringendes Interesse daran, zu wissen, in welchem Umfang Vaterlandsverrat getrieben wird und wer ihn treibt. Es ist nicht anzunehmen, daß die Bekanntgabe der Sünder verhetzend wirken würde, denn man würde sich nur überzeugen können daß kein Stand dem anderen Vorwürfe zu machen hat, weil sie alle moralisch unsaubere Elemente in ihren Reihen haben. Das ist keine Schande, solange die menschlichen Dinge menschlich sind, aber die Unsauberkeit bloßzustellen und auszuscheiden ist sittliche Pflicht. Der Strafbefehl ohne Bekanntgabe hat die entgegengesetzte Wirkung.

* **Eisenbahnwagenaufseher-Dienst.** Ein Erlaß des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten vermindert die bisherigen Anforderungen des Bundesrats für die Heranbildung von geeigneten Anwärtern des wichtigen Wagenaufseher-(Wagenmärker-)Dienstes für die Dauer des Krieges erheblich. Danach genügt an Stelle der fünfmonatlichen Ausbildung als Schlosser, Schmied, Tischler oder Stellmacher in einer Eisenbahnwerkstatt bis auf weiteres eine entsprechende Tätigkeit von gleicher Dauer in anderen Handwerken, und die vorgeschriebene vierzehntägige Probezeit im Bremserdienst wird auf nur 7 Tage eingeschränkt. Die so ausgebildeten Leute sollen in einfacheren Verhältnissen tätig, aber hierin durchaus zuverlässig sein. Dagegen bleiben für die etatsmäßige Anstellung als Wagenaufseher die in der Prüfung vorgeschriebenen höheren Anforderungen bestehen.

Kunst und Wissenschaft.

Staatliche Zuschüsse für die Universitäten. Im neuen Staatshaushaltsetat ist der für die zehn preußischen Universitäten sowie die Akademie in Braunsberg vorgesehene Gesamtbetrag der staatlichen Zuschüsse für 1916 mit rund 15,65 Millionen Mark bemessen, gegen 15,60 Millionen Mark im Vorjahre. Den Löwenanteil beansprucht davon die Universität Berlin mit 4 276 554 Mark, danach folgen Breslau mit 1 693 650 Mark, Halle a. S. mit 1 584 000, Königsberg mit 1 520 000, Bonn mit 1 460 000, Kiel mit 1 335 000, Marburg mit 1 176 000, Göttingen mit 1 007 000, Greifswald mit 814 000, Münster mit 765 000 Mark. Für die Akademie in Braunsberg wird ein Zuschuß in Höhe von 75 000 Mark geleistet. Wie die vorstehenden Ziffern erkennen lassen, richten sich die Staatszuschüsse in ihrer Höhe keineswegs nach der Zahl der Besucher. Übrigens weisen auch die Gehälter der Professoren an den einzelnen Universitäten große Verschiedenheiten auf. Zahlreiche Professoren erhalten Nebeneinnahmen durch Gebühren oder in Nebenstellungen. Nach Maßgabe des Etats bezieht z. B. der Rektor der Universität Berlin Gebühren im Betrage von mehr als 45 000 Mark, der Dekan der juristischen Fakultät solche von 8024 Mark und der Dekan der philosophischen Fakultät sogar 25 481 Mark. Die Rektorgebühren betragen in Königsberg 4611, Greifswald 6408, Breslau 5628, Breslau 5628, Halle 7147, Kiel 6420, Bonn 18 387 Mark. Auch die Gebühren der Dekane weisen große Unterschiede auf.

Aus Provinz und Reich

Schkeuditz, 27. Januar. Der kürzlich verstorbene Maurermeister G. Schäfer hinterließ seiner Vaterstadt Schkeuditz seine zwei großen Häuser und ein Vermögen von 100 000 M, dies unter der Beschränkung, daß die Summe erst nach dem Tode seines Sohnes zur Auszahlung gelangt.

Zwickau, 24. Januar. Gegen das herausfordernde Benehmen der Kriegsgefangenen in den Straßen Zwickaus bei ihrem Transport zu und von den Arbeitsstätten erhob jüngst in der Ersten Kammer Oberbürgermeister Keil entschiedenen Einspruch, indem er u. a. ausführte: „Die grenzenlose Roheit in der Behandlung wehrloser deutscher Soldaten durch unsere Feinde darf uns nicht veranlassen, diesen Rückfall in die Unkultur mitzumachen, aber unser Stolz darf uns auch nicht dazu führen, daß wir eine Bestätigung der Bevölkerung unserer Städte durch kriegsgefangene Feinde dulden. In Zwickau habe ich mit eigenen Augen gesehen, daß ein großer Transport kriegsgefangener Franzosen die Bevölkerung durch Zurufe und sein herausfordernDes Benehmen empörte. Einen Weg gingen sie so, daß ich selbst zurückgestoßen wurde; Frauen wurden in derselben Weise behandelt. Die Kommandantur des Gefangenenlagers schuf nicht gleich Abhilfe. Ich habe dann diesen Spaziergang als Eigentümer des Weges verboten. Auf dem Transport durch die Stadt riesen Kriegsgefangene einem älteren Herrn Schimpfworte zu. Ein Schußman berichtete amtlich unter dem 18. Oktober über einen bemerkenswerten Gefangenentransport. Bei diesem Benehmen kriegsgefangener Franzosen ist es mir umso unverständlicher, daß, wie ich in einer Quittung in einer französischen Zeitung, die im französischen Barackenlager zu Zwickau erscheint, entnehme, deutsche Offiziere des Gefangenenlagers einen erheblichen Betrag für ein Sportfest, das dort von den französischen Kriegsgefangenen gefeiert worden ist, leisteten.... Ich möchte mich auf die eine Bemerkung beschränken, daß es in der gegenwärtigen Zeit doch viel würdigere Empfänger dieser 140 Mark gegeben hätte, als die kriegsgefangenen Feinde, die sich in unserem Lande so betragen, wie ich es geschildert habe."

Weimar, 25. Januar. Eine überraschende Entdeckung machte am Sonntag unsere Kriminalbehörde. Ihr war das Ableben der alleinstehenden Almosenempfängerin Arndt gemeldet worden. Bei der alsbald vorgenommenen Feststellung des näheren Tatbestandes wurden bei der angeblich in bedürftigen Verhältnissen lebenden Frau 3170 M in Gold und 68 M in Silbergeld vorgefunden. Außerdem hatte sie noch ein kleines Kapital von 400 M ausgeliehen, wofür ein Schuldschein vorhanden ist. Das Gold wurde sofort der Reichsbank zugeführt.

Berlin, 25. Januar. In Weißensee kam Dienstag nacht, vermutlich durch Selbstentzündung, ein Großfeuer zum Ausbruch. Als die Gefahr bemerkt wurde, stand dort ein langgestrecktes Fabrikgebäude der Maschinenwerke Weißensee G. m. b. H. in weiter Ausdehnung in Flammen, die weithin leuchteten. Das Fabrikgebäude ist niedergebrannt. Die angrenzenden Gebäude konnten geschützt werden. Der erhebliche Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Der Betrieb soll weitergeführt werden.

Vom Auslande.

Verhaftung eines Gedankenlesers.

Der Gedankenleser Labero, der mit seinem bürgerlichen Namen Lober heißt, ist im Zirkus Beketow in Wien während der Vorstellung verhaftet worden. Labero hat sich vor einiger Zeit in Berlin durch seine mit einem großen Reklameaufwand inszenierten telepathischen Darbietungen im Zirkus Busch im Dezember v. J. bekannt gemacht. Seine Festnahme erfolgte auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Freiburg i. B. Er wird in mehreren Fällen der Urkundenfälschung und des Betrugs beschuldigt. So soll er u. a. ein süddeutsches Ehepaar um 25 000 M gebracht haben.

Erdstöße.

In verschiedenen Städten Siebenbürgens sind Erdstöße vorgekommen, so in Schäßburg, Kronstadt, Szilagy-Szomlyo, Nagyenyed, Sächsisch-Reegen und Fogaras. In Schäßburg, wo das Erdbeben morgens um 8 Uhr 37 Minuten verspürt wurde, sind Schornsteine umgestürzt und die Mauern an vielen Stellen gesprungen. Die Bevölkerung flüchtete ins Freie. Es ist niemand verunglückt.

Gerichtszeitung

Der zurückgehaltene Brief.

Leipzig, 25. Januar. Ende Juli 1915 war über den Stabsveterinär H. und den Remontedepotinspektor und Postagenten Fr. zu Preußisch-Mark bei Braunsberg beim Kriegsministerium ein anonymes Schreiben eingelaufen, das den beiden Genannten Unregelmäßigkeiten und Unordentlichkeiten in ihren Amtsgeschäften vorwarf. Dieses Schreiben war vom Ministerium an das Remontedepot zurückgegeben worden und so zur Kenntnis der beiden Beschuldigten gelangt. Diesen lag natürlich ihrerseits daran, den Schreiber des anonymen Briefes feststellen. Da Fr. zugleich Postagent war, war es ihm möglich, auf alle einlaufenden Schriften aufzupassen, ob irgend eine Aufschrift mit der Handschrift des anonymen Briefes Ähnlichkeit hatte. So fand er am 12. August 1915 einen Brief an den „Königsberger Generalanzeiger", in dessen Aufschrift er die Züge des anonymen Briefschreibers zu entdecken glaubte. Er stellte fest daß dieser Brief die ledige Anna T. zur Verfasserin hatte. Den Brief entfernte er aus den übrigen eingegangenen Sachen und ging mit ihm zu H. Von da gingen beide gemeinsam zur Anna T., die nach längerem Leugnen auch eingestand, daß sie den anonymen Brief auf Wunsch ihres Vaters geschrieben habe. H. riß dann den Brief auf und warf ihn auf den Tisch. Das Landgericht Braunsberg verurteilte auf Grund dieses Tatbestandes am 19. Oktober 1915 den H. wegen Beleidigung zu 80 Mark Strafe und den Fr. wegen Amtsvergehens nach § 334 St.G.B. — Hinterziehung eines Briefes — zu drei Monaten Gefängnis. Wenn Fr. auch glaubte, ein Recht auf die Ermittelung des anonymen Schreibers zu haben und gar nicht die Absicht der Hinterziehung gehabt hätte, so habe er trotzdem mit Bewußtsein rechtswidrig gehandelt. Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Bunte Zeitung

Warum die deutsche Sprache die beste ist. In der Zeitschrift „Heimdall" schreibt Dr. Johann Georg Sprengel über den unvergleichlichen Bildungswert der deutschen Sprache: „Wer das Deutsche versteht, so sagt Goethe, braucht fast alle anderen Sprachen nicht mehr: auch die Werke der Griechen und Römer könne man in so guten deutschen Uebersetzungen lesen, daß man ohne ganz besondere Zwecke keine Ursache habe, auf das mühsame Erlernen jener Sprachen viel Zeit zu verwenden. So stehen die Deutschen nach Goethes Meinung durch ihre eigenen Werke wie durch die völlige Aneignung des Fremden „auf einer sehr hohen Stufe der Bildung". Man darf annehmen, daß diese Bildungshöhe durch die neuere deutsche Geschichte und Kunst, Wissenschaft und Philosophie nicht vermindert ist. „Die anderen Nationen", sagt Goethe, „werden wohl schon deshalb Deutsch lernen, weil sie inne werden müssen, daß sie sich damit das Lernen aller anderen Sprachen gewissermaßen ersparen können". Schiller nennt die Sprache einen „Spiegel der Nation", und im Hinblick auf „das große treffliche Bild von uns selbst, das er in diesem Spiegel unseres Volkes erblickt, spricht er das stolze Wort aus: „Unsere Sprache wird die Welt beherrschen!"

Marktberichte.

Friedrichsfelde, den 26. Januar 1916.

Auftrieb: 681 Stck. Schweine, 1587 Stck. Ferkel. Verlauf des Marktes: Reges Geschäft, Preise höher.

Es wurden gezahlt im Engrosshandel für: Läuferschweine, 7—8 Mon. alt, Stck. 76—98 M., Läuferschweine, 5—6 Mon. alt, Stck. 62—76 M., Völke, 3—4 Mon. alt, 45—62 M., Ferkel, 9—13 Wochen alt, Stck. 38—45 M., Ferkel, 6—8 Wochen alt, Stck. 30—38 M.

Die Direktion des Maastviehhofes.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919160128-12/fragment/page=0006